

Ungarn zwischen Polen und der Achse

Die ungarisch-polnischen diplomatischen Beziehungen während der europäischen Krise 1938/1939 und Józef Becks »Drittes Europa«

Einleitung

Vorliegender Aufsatz gilt den komplizierten außenpolitischen Beziehungen, die Ungarn 1938/1939 mit seinen Nachbarstaaten, vor allem mit Polen, verbanden. Die jahrhundertealte traditionelle polnisch-ungarische Freundschaft ist im Bewußtsein der beiden Völker tief verwurzelt. Eine Untersuchung der Beziehungen der zwei Länder zeigt allerdings, daß ihre Interessen – als Folge der Tatsache, daß Ungarn und Polen im Laufe der Geschichte oft unterschiedlichen Allianzen angehörten – nicht immer identisch, oft sogar gegensätzlich waren. Auch bei einer im Volksbewußtsein so tief verankerten Freundschaft wird die staatliche Politik von handfesten oder vermutet handfesten Interessen geleitet. In den zwischenstaatlichen Beziehungen gilt der Spruch, den der große liberale britische Staatsmann des 19. Jahrhunderts, der Außen- und Premierminister der Königin Victoria, Lord Palmerston, gesagt haben soll: »Her Majesty's government has neither permanent friends, nor permanent enemies, only permanent interests«.

In der Zeitspanne 1934-1939 trafen sich die Interessen Ungarns oft mit jenen Polens, obwohl Ungarn zu den Verlierern, Polen zu den Siegermächten des Ersten Weltkrieges gehörte. Beide Länder betrachteten das bolschewistische Rußland als Feind Nummer Eins; sie fühlten sich aber gleichwohl bedroht von Deutschland. Die im totalitären Dritten Reich herrschende nationalsozialistische, neuheidnische, rassistisch-biologische Weltanschauung stand im krassen Gegensatz zu den christlich-abendländischen Überlieferungen und zur konservativen Gesellschaftsordnung Polens und Ungarns, die durch die doppelte Bedrohung zu natürlichen Verbündeten wurden. Gleichzeitig bestand eine gewisse Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und den beiden christlich-konservativen Ländern in bezug auf ihr Verhältnis zur Tschechoslowakei. Dieses in Versailles geschaffene Staatswesen war trotz seines bürgerlich-demokratischen Regierungssystems nicht imstande, die zentrifugalen Bestrebungen seiner nationalen Volksgruppen zu bewältigen. Darüber hinaus stellte die einseitig orientierte, weitgehend sowjetfreundliche Außenpolitik ihres Außenministers und späteren Staatspräsidenten Edvard Beneš eine Bedrohung der Nachbarstaaten dar.

Der Leiter der polnischen Außenpolitik in der hier beschriebenen Periode war der engste Vertrauensmann des 1935 verstorbenen Marschalls Józef Piłsudski, der einstige Legionär Oberst Józef Beck. Seine schillernde Intelligenz, die Eleganz seines Auftretts, seine Geschmeidigkeit, die die Härte seines Charakters gut zu verbergen vermochte, seine geschickte Verhandlungsführung prädestinierten ihn zum Diplomaten. Beck dachte stets in historischen Kategorien. Seine als »Drittes Europa« bezeichnete außenpolitische Konzeption zielte letzten Endes auf die

Wiederherstellung der Großmachtstellung Polens ab, die es im 15.-17. Jahrhundert, zur Zeit der Jagellonen und der Wasa-Könige, gehabt hatte. In seinen langfristigen Plänen hatte er Ungarn eine bedeutende Rolle zugeordnet. Die Wiederherstellung der gemeinsamen Grenze mit Ungarn wurde beinahe zum Axiom seiner Außenpolitik. Becks außenpolitische Grundsätze trugen wesentlich dazu bei, daß Ungarn und Polen ihre Außenpolitik aufeinander abstimmen konnten, auch wenn ihre Zielsetzungen teilweise von unterschiedlichen Prämissen ausgingen.

Polens außenpolitische Zielsetzung: Die Errichtung des »Dritten Europa«

Das 1918 nach 150jähriger Teilung und Fremdherrschaft wiedergeborene Polen schloß sich dem französischen Bündnissystem an und zählte sich – im Gegensatz zu Ungarn – zu den Siegermächten. Den Grundpfeiler der polnischen Außenpolitik bildete der vom Staatschef und späteren »Ersten Mann der Republik«, Marschall Józef Piłsudski, am 19. Februar 1921 abgeschlossene französisch-polnische Bündnisvertrag.¹ Die ersten anderthalb Jahrzehnte des unabhängigen Polens waren davon geprägt und schon dadurch bedingt, daß der Zugang Polens zur Ostsee durch die Errichtung des sogenannten »Korridors« in der preußischen Provinz Pommern und die Schaffung der Freien Stadt Danzig den Bemühungen der französischen Diplomatie während der Versailler Friedenskonferenz zu verdanken war. Diese Lösung war einerseits die Restauration der vor dem Aufstieg des Königreichs Preußen bestehenden Lage, andererseits widersprach sie aber dem vom amerikanischen Präsidenten Wilson im Januar 1918 verkündeten Nationalitätenprinzip, das als leitende Idee der nach dem Ersten Weltkrieg zu schaffenden Friedensordnung hätte gelten sollen. Die preußischen Provinzen wurden durch den Korridor zerschnitten und als Folge des Friedensvertrages gelangte eine starke deutsche Minderheit unter polnische Herrschaft. Diese Regelung führte im Deutschen Reich von Anfang an zu der Forderung, die deutsch-polnische Grenze einer Revision zu unterziehen. Das Verhältnis Polens zum Deutschen Reich war während der ganzen Weimarer Zeit äußerst gespannt. Der deutsch-französischen Versöhnung, die im Abkommen von Locarno ihren Niederschlag gefunden hatte, folgte keine Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Obwohl Frankreich der natürliche Verbündete Polens war, führte diese Allianz zu keiner völligen Identität der Interessen. Zum französischen Bündnissystem, das nach Versailles ins Leben gerufen wurde, gehörte auch die Tschechoslowakei. Wegen der putschartigen Besetzung des mehrheitlich von Polen bewohnten Olsa-Gebietes nach dem Ersten Weltkrieg durch die Tschechische Legion waren die tschechisch-polnischen Beziehungen während der ganzen Zwischenkriegszeit stets durch Spannung, wenn nicht sogar durch Feindseligkeit gekennzeichnet, die dadurch erhärtet wurde, daß der langjährige Außenminister und spätere Staatspräsident der Tschechoslowakei, Edvard Beneš, beharrlich die Herstellung enger und freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, die Polen gegenüber feindliche

¹ Der Text des französisch-polnischen Vertrages in BECK 329; GAMELIN: II, 466.

Absichten gehegt hatte, anstrebte. Am 16. Mai 1935 schloß Beneš mit dem bolschewistischen Rußland ein Militärbündnis ab. Diese prosowjetische Außenpolitik der Tschechoslowakei beeinträchtigte in starkem Maße die Beziehungen zwischen den zwei mit Frankreich befreundeten und verbündeten Staaten, da Marschall Piłsudski und die führenden Kreise Polens seit dem 1920 mit Erfolg abgewendeten russischen Annexionsversuch die Sowjetunion als Polens Feind Nummer Eins betrachteten.²

Der Verteidigung gegen das annexionslüsterne bolschewistische Rußland diente der am 3. März 1921 abgeschlossene Bündnisvertrag mit Rumänien, der bis zur Krise von 1939 einer der Grundpfeiler der polnischen Außenpolitik blieb.³

Um die durch eine allfällige deutsch-sowjetische Annäherung drohende Isolierung Polens zu vermeiden, leitete Marschall Piłsudski zu Beginn der Dreißiger Jahre eine Neuorientierung der polnischen Außenpolitik ein.⁴ So kam es am 25. Juli 1932 zur Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes.⁵ Eine eigentliche Wende in Polens Außenpolitik brachte die Ernennung des jungen Staatssekretärs Józef Beck zum Außenminister am 2. November 1932. Beck erhielt den Auftrag, Polen aus der Vormundschaft Frankreichs herauszuführen und eine eigentliche Großmachtspolitik in die Wege zu leiten. Beck und sein Stellvertreter, der aus der k. u. k.-Diplomatie kommende Graf Szembek, entwickelten in der Zeitspanne 1932-1939 großartige Pläne zur Neuordnung Ost-Mittel-Europas. Als Folge der starrsinnigen Status-Quo-Politik Frankreichs und der Tschechoslowakei und der dadurch begünstigten Expansion Hitlers war jedoch den Plänen Becks und Szembeks auf lange Sicht kein Erfolg beschieden.

Becks erster diplomatischer Erfolg war die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934.⁶ Dieser Pakt entsprach den langfristigen Zielsetzungen Piłsudskis. Sein Zustandekommen war auf zwei Faktoren zurückzuführen: auf die französisch-sowjetische Annäherung, die im Mai 1935 in der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes mündete und – mag es nachträglich ironisch klingen – auf die Machtübernahme Hitlers. Im Gegensatz zu der auch zur Zeit der Weimarer Republik maßgebenden preußisch-konservativen beziehungsweise »deutsch-nationalen« Führungsschicht (Hindenburg, Papen, von Schleicher) hegte Hitler, der gebürtige Österreicher, wegen des Verlustes des »Korridors« keine Revisionsgelüste gegen Polen. Einerseits richteten sich seine kurzfristigen außenpolitischen Ziele vor allem auf die Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes ins Deutsche Reich. Andererseits wurde Polen in den langfristigen, auf die Zerschlagung der Sowjetunion und die Errichtung eines »Lebensraums« im russisch-ukrainischen Osten hinzielenden Bestrebungen Hitlers die Rolle eines – allerdings untergeordneten – Verbündeten zugeordnet. Auf lange Sicht waren die revolutionären, den Rahmen der europäischen

² Über Piłsudskis außenpolitische Vorstellungen Roos 3ff.

³ Wortlaut bei BECK 330f.

⁴ Roos 54ff.

⁵ Wortlaut bei BECK 332f.

⁶ Wortlaut bei BECK 333f.

Staatsstruktur sprengenden außenpolitischen Ziele des nationalsozialistischen Deutschlands mit jenen Becks, der zwar in bezug auf die Tschechoslowakei – im engsten Einvernehmen mit den ungarischen Revisionisten – eine drastische Änderung des status quo anstrebte, aber den Grundsatz des europäischen Gleichgewichts nicht in Frage stellen wollte, unvereinbar. Beck dachte in historischen Kategorien. Seine als »Drittes Europa« bezeichnete geopolitische Konzeption zielte auf die Wiederherstellung der Großmachtstellung Polens ab.⁷

Es war die feste Überzeugung Piłsudskis, Becks, Szembeks und der politischen Führungsschicht Polens, daß die Tschechoslowakei ein künstlich errichteter Staat sei, der im Falle einer europäischen Krise keine Überlebenschancen haben würde, es sei denn, durch die Entfesselung eines großen europäischen Krieges.⁸ Die Beurteilung der außenpolitischen und geopolitischen Konzeption Józef Becks bedarf einer gründlichen und nuancierten Analyse. Der polnische Außenminister hat – wie dies aus den während seines Krankheitsurlaubs in Cannes im Herbst 1936 mit Winston Churchill geführten Gesprächen hervorgeht⁹ – die der »dynamischen« Expansionspolitik des Dritten Reiches innewohnenden Gefahren rechtzeitig erkannt. Im Gegensatz zum großen Engländer war er sich aber auch der von der Sowjetunion her drohenden Gefahren bewußt und teilte nicht die Ende der Dreißiger Jahre in publizistischen, aber auch in diplomatischen Kreisen Europas verbreitete Meinung, daß das revolutionäre Rußland sich in der Phase der Umgestaltung in eine nationalistisch-panslawistische Großmacht befinde.¹⁰

Das Hauptziel seines als »Drittes Europa« genannten Konzeptes¹¹ war die Errichtung eines ost-mitteuropäischen Staatenblocks, der im allfälligen Bündnis mit Italien und den zwei demokratischen Westmächten stark genug gewesen wäre, sowohl der nationalsozialistischen als auch der bolschewistischen Expansion die Stirn zu bieten. Das größte Hindernis, um das Konzept eines ostmitteleuropäischen Blocks ins Leben zu rufen, war nach Becks Auffassung bis zum Herbst 1938 der nationalistisch regierte tschechoslowakische Vielvölkerstaat und insbesondere die einseitige Außenpolitik von Edvard Beneš. Seine seit 1935 offen verfolgte prosowjetische Bündnispolitik war geeignet, eine Konfrontation mit dem Deutschen Reich und auf lange Sicht das Eindringen der Sowjetunion in den Donaunraum heraufzubeschwören. Daß diese Gefahr keine theoretische war, bezeugen die Äußerungen des sowjetischen Außenkommissars, Maxim Litwinow, der sich im November 1937, als US-Botschafter William Bullitt seiner Besorgnis wegen der Möglichkeit der Annexion der rumänischen Provinz Bessarabien durch die UdSSR Ausdruck gab, dem amerikanischen Diplomaten gegenüber folgendermaßen äußerte: »[...] que la Russie soviétique n'attachait pas beaucoup d'im-

⁷ Über das Konzept des »Dritten Europa« ROOS 273ff.; BECK 118ff.

⁸ Vgl. die Analysen über die von Beneš im Mai 1938 entfesselte »Wochenendkrise« in RÖNNEFARTH: II, 277-320; BECK 153; CELOVSKY 209ff.; CZETTLER 113-118.

⁹ BECK 127f.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Die Formel »Drittes Europa« setzte voraus, daß England, Frankreich und Westeuropa als »Erstes«, Deutschland und Italien als »Zweites Europa« betrachtet wurden.

portance au problèmes de la Bessarabie, car la Roumanie sera absorbée un jour par la Russie«. ¹²

Am 21. Dezember 1936 erläuterte Beck im engen Beraterkreis des polnischen Außenministeriums seine Vorstellungen über die Lösung des tschechoslowakischen Problems, das seines Erachtens eine ernste Krisenquelle darstellte. Als Ziele der polnischen Außenpolitik bezeichnete er die Eingliederung Teschens (Český Těšín, Cieszyn) und des Olsa-Gebietes, die Vereinigung Rutheniens mit Ungarn und einen autonomen Status für die Slowakei durch eine Loslösung von Böhmen und eine Union mit Polen. ¹³ Gleichzeitig wollte er eine Versöhnung zwischen Ungarn und Rumänien herbeiführen ¹⁴ und unter der Führung Polens und Italiens ¹⁵ einen großen Block des mitteleuropäischen Raumes bilden, der Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und die autonome Slowakei hätte umfassen sollen. Dieses Konzept wurde auch von der italienischen Diplomatie unterstützt. ¹⁶

Die schwache Stelle des Beckschen Konzeptes lag darin, daß in seinen Plänen weder Österreich noch die »historischen Länder« der Tschechoslowakei, Böhmen und Mähren, eine Rolle spielten. Sein Konzept umfaßte weder eine Restauration der Habsburger noch eine Föderation, der außer Ungarn und der Slowakei auch Böhmen und Österreich hätten angehören sollen. Durch den polnischen Botschafter in Rom, Wysocki, informiert, wußte er, daß Italien – im Gegensatz zu 1934 ¹⁷ – sich einer Annexion Österreichs durch Deutschland nicht widersetzen werde. Auch eine Intervention der Westmächte war für diesen Fall nicht zu erwarten. Die polnische Diplomatie fand sich auch damit ab, daß das Sudetenland sowie Böhmen und Mähren unter deutschen Einfluß geraten werden. Realistisch betrachtet war eine solche Entwicklung zu erwarten, da durch die Auflösung der Donaumonarchie im Jahre 1918 der Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes beinahe vorprogrammiert waren. Die englischen und französischen Staatsmänner des Jahres 1938, Chamberlain, Halifax, Daladier und Bonnet, werden in der Nachkriegsliteratur stets gerügt, weil sie im Herbst 1938 Hitler nachgegeben und wegen des Prinzips »Frieden um jeden Preis« die Tschechoslowakei aufgeopfert haben. Ihnen und ihren Vorgängern muß aber eher vorgeworfen werden, daß sie die

¹² SZEMBEK 251. Zum gleichen Zeitpunkt gab Litwinow seiner Überzeugung Ausdruck, daß auch Polen eines Tages von der Sowjetunion »absorbiert« werde.

¹³ Roos 260ff.

¹⁴ Dies schien zwar eine sehr schwierige Aufgabe zu sein. Nachdem aber König Carol – nicht ohne Beck's Mitwirken – den sowjetfreundlichen rumänischen Außenminister, den Günstling Beneš', Titulescu, entlassen und mit Victor Antonescu ersetzt hatte, erhoffte sich Beck von diesem Wechsel eine größere Einflußnahme auf die rumänische Politik.

¹⁵ Obwohl sich Italien Deutschland anzunähern begann und Mussolini bereits im Herbst 1936 über eine »Achse« Berlin – Rom sprach, waren die Bindungen zwischen den zwei Diktaturen zu jener Zeit noch ziemlich locker.

¹⁶ Roos 271ff.

¹⁷ Nach dem gescheiterten nationalsozialistischen Putsch vom 25. Juli 1934, als Bundeskanzler Dollfuß ermordet wurde, drohte Mussolini für den Fall eines Anschlusses mit dem Einmarsch italienischer Truppen in Österreich.

Zerstörung der mitteleuropäischen Ordnung durch Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes zuließen und eine föderative und den Wilsonschen Prinzipien entsprechende Neuordnung des mitteleuropäischen Raums versäumten. So entstand 1938 eine Lage, in der Hitler und seine Anhänger in der ČSR, Konrad Henlein und Karl Hermann Frank, als die Bayard-Ritter des Selbstbestimmungsrechtes auftreten konnten. Erst als Europa bis zum Abgrund der drohenden Kriegsgefahr getrieben wurde, kam es zur Viermächte-Konferenz in München, wo ebenfalls keine echte Neuordnung des mitteleuropäischen Raumes in Angriff genommen wurde. Lediglich die von Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens und Mährens wurden an Deutschland abgetreten.¹⁸

Ungarns außenpolitisches Ziel: Revision des Friedensvertrages von Trianon

In der neuzeitlichen Geschichte Ungarns stellt der Zusammenbruch von 1918 und die Zerstückelung des alten Königreichs durch den Friedensvertrag von Trianon die größte nationale Katastrophe dar.¹⁹ Das Hoheitsgebiet des Landes, dessen Fläche vor 1918 ohne Kroatien 282.000 km² betrug, wurde auf rund 93.000 km² reduziert. Die Zahl der Bevölkerung sank von rund 18 Millionen auf 7,2 Millionen. Mehr als 3 Millionen Ungarn gerieten unter Fremdherrschaft: 1,7 Millionen unter rumänische, 1 Million unter tschechoslowakische und eine halbe Million unter jugoslawische Herrschaft.²⁰ Die zu Lasten Österreichs und Ungarns vergrößerten Nachfolgestaaten waren Gebilde heterogenen Charakters und vermochten die Forderungen ihrer nationalen Minderheiten nicht zu befriedigen. Insbesondere gefährdet war die ethnische Identität und Kultur der ungarischen Minderheit in Rumänien und Jugoslawien. Günstiger war die Lage in der Tschechoslowakei, die eine bürgerliche Demokratie war, aber auch hier geriet die ungarische Minderheit mit der Zentralregierung in Prag in Konflikt. Die Befriedigung der ungarischen Minderheit, deren Anzahl unmittelbar nach dem Herrschaftswechsel mehr als eine Million betrug, bereitete der Regierung in Prag ernste Schwierigkeiten. Nicht nur die Magyaren, auch ein Teil der im Denken magyarophilen Slowaken und Ruthenen traten dem neuen Staat mit offener Feindschaft entgegen. Zur Abschwächung des ungarischen Einflusses sah sich Prag zu Maßnahmen gegen die ungarische Minderheit gezwungen, die in Umfang und Art der Durchführung oft übertrieben waren, die Grundrechte und die Minderheitenschutzverträge verletzten und eine innere Befriedigung der Nationalitäten untereinander und im Verhältnis zur Republik verhinderten.²¹

¹⁸ Schrifttum zu dieser Frage: RÖNNEFARTH; CELOVSKY; BENOIST-MÉCHIN.

¹⁹ Einschließlich der 1945 einsetzenden sowjetisch-kommunistischen Fremdherrschaft, die von einer historischen Warte aus betrachtet eine Konsequenz der 1918/1919 vollzogenen Zerstörung des mitteleuropäischen Raumes ist.

²⁰ MACARTNEY: October, I, 4f.; DERS.: Hungary, 1ff.

²¹ HOENSCH: Revisionismus, 18.

Durch die Beeinträchtigung des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, durch die Aufrechterhaltung des Standrechts bis Frühjahr 1922 und die Einschränkung der Gemeindeverwaltung versuchte die tschechoslowakische Regierung den Einfluß der Ungarn zu brechen. Die von den Beratungen der verfassunggebenden Nationalversammlung ausgeschlossene ungarische Minderheitenführung erklärte am 2. Juni 1920, zwei Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon, der Tschechoslowakei im Prager Parlament durch Dr. Lajos Körmendy-Ékes den Kampf: »Wir halten es für unsere höchste Pflicht, das lebende Gewissen der ganzen Welt anzurufen, daß wir gegen unseren Willen aus dem Leibe der ungarischen Nation herausgerissen und von dem ideal einheitlichen tausendjährigen Ungarn gewaltsam abgetrennt wurden. Unsere Anwesenheit hier bedeutet nicht die Anerkennung dieser widerrechtlichen Tatsache, sondern einen lebenden und ständigen Protest gegen die unbarmherzig ungerechte Entscheidung ohne uns, gegen uns [...]«. ²² Auch wenn im Laufe der Zeit die Emotionen sich abkühlten und die Mehrheit der magyarischen Minderheit gezwungen war, sich mit den Realitäten abzufinden, blieb dieser Protest in der ungarischen Volksgruppe bis zum Herbst 1938 unterschwellig lebendig.

Unmittelbar nach dem Herrschaftswechsel war noch ein großer Teil der Slowaken des »Oberlandes« für ein Verbleiben im ungarischen Reichsverband unter der Voraussetzung, daß die Regierung in Budapest bereit sein werde, den Slowaken den Autonomie-Status zu gewähren. Diese Haltung änderte sich im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte. Der von der ungarischen Regierung unterstützte Slowakische Nationalrat mit Sitz in Genf, der von František Jehlička und Viktor Dvorčák geführt worden war, übte auf die Slowaken in der Heimat keinen nennenswerten Einfluß aus. ²³ Die Mehrheit der Slowaken scharte sich um die von den Priestern Andrej Hlinka und Jozef Tiso geführte Slowakische Volkspartei (SVP), die sich gegenüber den ungarischen Freundschaftsbemühungen reserviert verhielt und eher für eine Autonomie im Rahmen der Tschechoslowakei eintrat. Eine bedeutende, vom Publizisten Karol Sidor geführte Gruppe der SVP, die bis Juni 1938 auch von der polnischen Regierung unterstützt worden war, setzte sich für eine Personalunion mit Polen ein.

Günstiger war die Lage – vom ungarischen Gesichtspunkt aus gesehen – in Ruthenien, auch Karpato-Ukraine genannt. Zwei Gruppen bekämpften sich hier: Die von Andrej Bródy und Stepan Fencik geführte »kleinrussische«, magyrophile Partei strebte eine Angliederung an Ungarn an. Um diese ungarnfreundliche Partei zu bekämpfen, unterstützte die Prager Regierung die von Monsignore Vološyn und Julian Revay geführte nationalukrainische Partei. Diese strebte vorerst die Autonomie im Rahmen des tschechoslowakischen Staatsverbandes an, wollte aber im Laufe der Zeit aus der Karpato-Ukraine ein ukrainisches Piemont machen, den Kern eines zukünftigen großukrainischen Staates. Sie stand in enger Verbindung mit der in Ostpolen tätigen illegalen OUN (»Organisation Ukrainischer Na-

²² Ebenda, 19. Vgl. auch FLACHBART 1f.; STEIER.

²³ TILKOVSKÝ 17ff.

tionalisten«), die eine Loslösung Ostgaliziens aus dem polnischen Staatsverband anstrebte.²⁴

Die ungarischen Regierungen der Zwischenkriegszeit strebten langfristig die friedliche Revision des Friedensvertrages von Trianon an: Besserer Schutz für die Minderheiten und Garantie für die kulturelle Entwicklung der ungarischen Volksgruppen waren ihr Minimalprogramm. Sie gaben jedoch nie die Hoffnung auf, daß der Lauf der Geschichte auch die Realisierung weitergehender Pläne ermöglichen dürfte.²⁵ Die von den Siegermächten geschaffene Lage führte eine Isolation Ungarns herbei. Um daraus auszubrechen, knüpfte Ungarn vorerst zu Italien, zu Beginn der dreißiger Jahre auch zu Österreich engere Beziehungen an.²⁶ Bereits die Regierung Bethlen suchte Kontakte sowohl zum Deutschen Reich als auch zu Polen. Zwischen diesen zwei Staaten und Ungarn bestand eine Interessengemeinschaft bezüglich der Tschechoslowakei. Ungefähr zur gleichen Zeit leiteten beide Staaten eine aktive Politik gegenüber der ČSR in die Wege: Polen nach dem Amtsantritt Becks im November 1932, Deutschland nach der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933. Beide Mächte unterstützten nur die gegenüber der ČSR verfolgten ungarischen Bestrebungen; sowohl Deutschland als auch Polen pflegten enge Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien. Als der ungarische Regierungschef Gömbös Hitler im Frühjahr 1933 besuchte, legten ihm sowohl der deutsche Reichskanzler als auch der preußische Ministerpräsident, Göring, nahe, daß das Deutsche Reich Ungarns Revisionsansprüche in bezug auf Rumänien und Jugoslawien nicht zu unterstützen bereit wäre.²⁷

Sowohl Deutschland als auch Polen strebten die Auflösung des tschechoslowakischen Staatsgefüges an, Beck sogar offener und konsequenter als die deutsche Reichsregierung, die sich bis 1938 auf die Unterstützung der Autonomiebestrebungen der Sudetendeutschen beschränkte. Zwischen Becks und Hitlers Konzeption bestand aber ein wesentlicher Unterschied. Hitler wollte das Wilsonsche Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in concreto den Anschluß Österreichs und die »Heimkehr« des Sudetenlandes ins Reich, dazu benutzen, ein Sprungbrett für seine Eroberungen im Osten zu schaffen, die »Resttschechei« entweder zum deutschen Satellitenstaat zu machen oder zu liquidieren, um nachher mit seinen »Verbündeten« Polen, Litauen, Ungarn und Rumänien gegen die Sowjetunion zu marschieren, um Gebiete im Osten zu gewinnen.²⁸ Letzten Endes war sein Hauptziel eine völlige Destabilisierung des europäischen Raumes.

Nach den Parlamentswahlen vom 19. Mai 1935 in der Tschechoslowakei, die der neugegründeten Sudetendeutschen Partei (SdP) Konrad Henleins 66% der

²⁴ Roos 366ff.

²⁵ Über die verschiedenen Revisionsbestrebungen: CZETTLER 86.

²⁶ Hier sollen das von Bethlen und Mussolini am 5. April 1927 unterzeichnete italienisch-ungarische Freundschaftsabkommen sowie die im März 1934 von den Regierungschefs Italiens, Österreichs und Ungarns unterzeichneten Römischen Protokolle in Erinnerung gerufen werden.

²⁷ ÁDÁM: A kisantant, 63ff.; JUHÁSZ 141ff.; MACARTNEY: October, I, 75ff.

²⁸ Über Hitlers geostrategische Pläne: Aus der reichhaltigen Literatur genügt es hier auf das berühmte Hoßbach-Protokoll vom 5. November 1935 zu verweisen.

deutschen Stimmen einbrachten, stellte der polnische Außenminister fest, daß die ČSR, auch wenn sie ihre »Dekomposition« noch nicht in naher Zukunft vollziehen werde, »unzweifelhaft zum Verschwinden verdammt sei«. ²⁹ Als Präsident Tomáš Masaryk am 18. Dezember 1935 zurücktrat und Beneš zum Staatspräsidenten gewählt wurde, schien die Aussöhnung zwischen Polen und der ČSR endgültig unmöglich geworden zu sein. Die zunehmend prosovjetsche Außenpolitik der Tschechoslowakei, der Sieg der Volksfront in Frankreich und der Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges im Sommer 1936 veranlaßten Beck, am 21. Dezember 1936 an einer im polnischen Außenministerium abgehaltenen Konferenz eine »Lösung« der tschechischen Frage zu erwägen, bei welcher Polen Teschen und Ungarn die Karpato-Ukraine besetzen würde, um die von ihm angestrebte gemeinsame polnisch-ungarische Grenze herzustellen. ³⁰ Die Slowakei, deren Rückgewinnung die ungarische Regierung ebenfalls angestrebt hatte, sollte nach Becks Konzeption zu einem scheinbar unabhängigen Pufferstaat unter polnischem Protektorat werden. Noch einige Monate vor dieser tour d'horizon Becks ist ihm ein großer diplomatischer Sieg gelungen: der sowjetfreundliche rumänische Außenminister Titulescu wurde von König Carol – nicht ohne Mitwirkung der polnischen Diplomatie – entlassen. Sein Nachfolger wurde der polenfreundliche Victor Antonescu. ³¹ Die polnische Diplomatie setzte alles auf den Sturz Titulescus, da dieser – dazu von Beneš angeregt – einen rumänisch-sowjetischen Bündnisvertrag unterzeichnen wollte. Dies hätte eine völlige Abriegelung Polens vom Donauraum und im Falle eines europäischen Konfliktes den Durchmarsch sowjetischer Truppen bis Prag zur Folge haben können. ³²

Nach dem Sturz Titulescus wurde der gegen die Sowjetunion gerichtete polnisch-rumänische Bündnisvertrag wiederbelebt und eine polnisch-italienische Annäherung in die Wege geleitet. Der Schmied der polnisch-italienischen Freundschaft war der Vertraute Cianos und Botschafter in Warschau, Bastianini. Seine Idee und die des ungarischen Außenministers von Kánya war es, »de créer un barrage anti-allemand sur la ligne Rome – Belgrade – Budapest – Varsovie avec un éventuel embranchement jusqu'à Bucarest«. ³³

Ungarisch-polnische Zusammenarbeit während der Sudetenkrise

Noch vor den umwälzenden Ereignissen des Jahres 1938 intensivierte Beck die Kontakte zur ungarischen Regierung. Nach gründlicher Vorbereitung erfolgte vom 5. bis 9. Februar 1938 die Staatsvisite der ungarischen Staatsmänner Horthy und Kánya in Polen. Ohne ein formelles Abkommen zu schließen, kam es ver-

²⁹ SZEMBEK 95.

³⁰ SZEMBEK 219f.

³¹ Nicht zu verwechseln mit dem späteren Marschall und »Conducător« der Kriegszeit, Ion Antonescu.

³² Laut SZEMBEK 95-96 erklärte der polnische Botschafter in Moskau, Łukasiewicz: »Du point de vue polonais, la nécessité d'abattre Titulesco s'imposerait«. Vgl. auch HILLGRUBER: Deutschland, 8f.

³³ Die Aufzeichnung des polnischen Botschafters in Budapest, Leon Orłowski, zitiert in SZEMBEK 274.

mutlich zu einer grundsätzlichen Vereinbarung zwischen den polnischen und ungarischen Staatsmännern über die Koordinierung ihrer Politik für den Fall einer Staatskrise der Tschechoslowakei.³⁴ Aus einer oben zitierten Aufzeichnung des Grafen Szembek wissen wir, daß während der Besprechungen der ungarische Außenminister Kánya seiner Angst vor der zunehmenden Macht des Dritten Reiches offen Ausdruck gab.³⁵

Die polnische Regierung war seit der Jahreswende 1937/1938 über die Absicht Hitlers gegen die Tschechoslowakei gut unterrichtet.³⁶ Der polnische Botschafter in Berlin, Józef Lipski, berichtete bereits am 22. März, daß Hitler die ČSR in absehbarer Zeit angreifen würde.³⁷ Beck war überzeugt, daß die sich anbahnende Krise keinen allgemeinen europäischen Krieg auslösen werde. Darin bestärkte ihn der Botschafter in Paris, Łukasiewicz, der in seinem Bericht für den Fall eines deutsch-tschechischen Krieges die Neutralität Frankreichs voraussagte.³⁸ Daraus konnte er die Schlußfolgerung ziehen, daß sich auch die Sowjetregierung passiv verhalten würde. Der Wortlaut des tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandspaktes war nämlich so formuliert, daß die UdSSR zur Waffenhilfe an die ČSR nur dann verpflichtet war, wenn auch Frankreich Militärhilfe leisten würde.³⁹

Die mit Wahrscheinlichkeit zu erwartende Neutralität Frankreichs und der Sowjetunion für den Fall eines deutsch-tschechischen Konfliktes erlaubte es Beck, sein bereits im Dezember 1936 entworfenes Maximal-Programm, die Abspaltung der Slowakei und Rutheniens von der ČSR und die Wiederherstellung der gemeinsamen Grenze zu Ungarn, in Angriff zu nehmen. Bis Juni 1938 strebte Beck eine Personalunion zwischen Polen und der Slowakei an. Es gab innerhalb der SVP einen radikalen Flügel unter der Führung des Senators Buday und des Publizisten Karol Sidor, der dieselbe Lösung anstrebte. Auch Hlinka schien diesen Bestrebungen nahe zu stehen.⁴⁰ Am 29. März 1938 verlasen die Vertreter der SdP, der SVP, der polnischen Autonomisten sowie der Vereinigten Ungarischen Partei (VUP) im Prager Parlament eine gemeinsame Deklaration über ihre koordinierten Autonomie-Forderungen gegenüber der tschechoslowakischen Zentralregierung. Zu jener Zeit zielten Becks Entwürfe eindeutig auf die Errichtung einer polnisch-slowakischen Personalunion nach dem Muster der k. u. k. Doppelmonarchie.⁴¹

³⁴ HOENSCH: Revisionismus, 60f.; HORTHY 190f.; ROOS 281f.

³⁵ SZEMBEK 274.

³⁶ Ebenda, 297; ROOS 320.

³⁷ Ebenda.

³⁸ SZEMBEK 308f. Diese Meinung vertrat auch William Bullitt, der amerikanische Botschafter in Paris. Vgl. ROOS 320, Anm. 19.

³⁹ Zur Analyse des zu erwartenden sowjetischen Verhaltens ADAP: II, Nr. 92, 96, 100, 127. Vgl. zudem das Gespräch Litwinows mit dem französischen Außenminister Bonnet am 12. Mai 1938 in Genf. Der sowjetische Außenkommissar setzte Militärhilfe nur für den Fall in Aussicht, wenn Frankreich dafür Sorge, daß Polen und Rumänien den Durchmarsch von Sowjettruppen bewilligen würden. Siehe dazu: BONNET 125; ALLARD 153.

⁴⁰ ROOS 323.

⁴¹ Ebenda; NOËL 195f.; CZETTLER 112.

Am 25./26. Mai ließ er durch ein an die polnischen Botschaften und Gesandtschaften gerichtetes Rundschreiben wissen, daß die Tschechoslowakei seines Erachtens »ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei«.42

Es kam aber in der slowakischen Frage zu gewissen Unstimmigkeiten zwischen Ungarn und Polen. Die ungarische Regierung strebte – bei aller Freundschaft zu Polen – die Rückgliederung der Slowakei an Ungarn bei Gewährung eines Autonomiestatuts an. Anlässlich der informellen Gespräche, die die ungarischen Staatsmänner Darányi und Kánya im November 1937 mit Hitler führten, sprach sich der deutsche Reichskanzler dafür aus, daß das ehemalige ungarische Gebiet wieder Ungarn zufallen müsse.43 Um diese polnisch-ungarische Differenzen auszuräumen, entsandte die ungarische Regierung am 17. Juni 1938 den Führer der ungarischen Volksgruppe in der Tschechoslowakei, János Graf Esterházy – der mit Graf Szembek verwandt war –, zu Verhandlungen nach Warschau. Um die Freundschaft mit Ungarn nicht zu gefährden, ließ Beck seinen Plan, die Slowakei mittels einer Föderation an Polen zu binden, fallen. Esterházy unterbreitete Szembek und seinem Chef einen Entwurf, der eine slowakische Autonomie im Rahmen des Königreichs Ungarn unter einem ungarischen Statthalter mit einem slowakischen Landtag vorsah. Beck ging mit dieser Konzeption einig, vorausgesetzt, daß Polen außer dem schlesischen Olsa-Gebiet einige kleine Grenzgebiete an der Karpaten-Grenze erhalte. Die Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit Ungarn schien dem polnischen Außenminister diesen Preis wert.44

Als größtes Hindernis einer erfolgreichen polnisch-ungarischen Zusammenarbeit erwies sich die Angst der ungarischen Regierung, daß im Falle einer Krise in der Tschechoslowakei die kleine und schwache ungarische Armee einem Einmarsch rumänischer und jugoslawischer Truppen, wozu die zwei Staaten auf Grund des Bündnisvertrages der Kleinen Entente verpflichtet waren, keinen Widerstand leisten könnte.45 Weder die italienische noch die deutsche Regierung waren bereit, Ungarn gegen einen jugoslawischen oder rumänischen Angriff zu verteidigen.46 Ungeachtet dessen setzte die ungarische Regierung ihre Verhandlungen mit Rumänien und Jugoslawien fort, um auf direktem Wege Rückenfreiheit zu erhalten.47 Diese Bestrebungen wurden von der polnischen Regierung lebhaft unterstützt. Sie nutzte ihren Einfluß, den ihr die rumänisch-polnische Allianz bot, sowohl zur Förderung der rumänisch-ungarischen Annäherung als auch zur

42 BONNET 41; COULONDRE 219.

43 ADAP: II, Nr. 114; RÁNKI – PAMLÉNYI – TILKOVSKÝ – JUHÁSZ 244; MACARTNEY: October, I, 202ff.; HOENSCH: Revisionismus 51f.

44 ROOS 341; HOENSCH: Revisionismus 66. Vgl. auch die Notiz Esterházy's an Kánya vom 27. Juni 1938 über seine Unterredung mit Beck und Szembek, zitiert in DIMK: II, Nr. 250. Während dieser Besprechung schien Beck völlig damit einverstanden zu sein, daß die Slowakei mit Ungarn eine Union bilde.

45 ROOS 342.

46 MACARTNEY: October, I, 234; DIMK: II, Nr. 269.

47 ROOS 342; ADAP: II, Nr. 284, 383, 390; V, Nr. 214-216.

Verhinderung sowjetischer Durchmarschversuche aus.⁴⁸ In der für die polnische Staatsführung entscheidenden Frage, jener der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze, verweigerten sowohl Außenminister Comnène als auch König Carol die erhoffte Unterstützung. Szembek berichtete darüber am 30. Juli 1938: »L'idée d'une frontière commune polono-hongroise ne peut enchanter Bucarest, car on considère là-bas qu'une pareille situation risquerait d'amoinrir, aux yeux de Varsovie, la valeur de la Roumanie comme alliée«. ⁴⁹ Ungeachtet dessen konnte die subtile Diplomatie Kányas bald einen bedeutenden Erfolg erzielen: Am 23. August einigten sich die ungarische, die tschechoslowakische, die rumänische und die jugoslawische Regierung dahingehend, daß Ungarn das Recht auf Wiederaufrüstung und die Verbesserung der Lage der ungarischen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente zuerkannt wurde. Als Gegenleistung verzichtete Ungarn auf die Anwendung militärischer Gewalt gegen die Tschechoslowakei.⁵⁰ Das Abkommen von Bled (Veldes) überschattete den Staatsbesuch Horthys in Deutschland und die deutsch-ungarischen Verhandlungen verliefen in einer gespannten Atmosphäre. Die Weigerung der ungarischen Staatsmänner, sich an einer militärischen Aktion gegen die ČSR zu beteiligen, führte zu einer starken Abkühlung des deutsch-ungarischen Verhältnisses. Die dadurch entstandene Spannung eskalierte insbesondere nach der Unterzeichnung des Viermächte-Paktes von München fast zur Feindseligkeit.⁵¹

Die unterschiedliche Auffassung der polnischen und ungarischen Staatsmänner über die Bewältigung der ČSR-Krise war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Ungarn überzeugt waren, die Westmächte seien bereit, für die ČSR gegen Deutschland in den Kampf zu ziehen.⁵² Horthy und die ungarische Regierung waren der Meinung, daß Deutschland diesen Krieg mit Sicherheit verlieren werde. Sie wollten unter keinen Umständen Ungarn gegen eine Koalition in den Krieg führen, dessen führendes Mitglied das zu jener Zeit als unbesiegbar geltende Großbritannien war. Auch Beck wäre nicht bereit gewesen, Polen in eine antibritische Koalition zu führen. Auf Grund des Berichtes des polnischen Botschafters in Paris war er jedoch – wie bereits geschildert – überzeugt, daß die Westmächte wegen der ČSR keinen Krieg gegen Deutschland zu führen bereit waren.⁵³ Der Ausgang der Münchener Konferenz hat ihm Recht gegeben.

Ungarn und Polen waren sich jedoch darin völlig einig, daß sie soviel Rechte für ihre Minderheiten verlangen würden, wie die Prager Regierung den Sudeten-deutschen zu gewähren bereit war. Am 8. September schlossen Polen und Ungarn ein Gentlemen's Agreement ab. Darin verpflichteten sich die zwei Regierungen,

⁴⁸ König Carol suchte eher zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei zu vermitteln. Vgl. ADAP: II, Nr. 361.

⁴⁹ SZEMBEK 327.

⁵⁰ KERTÉSZ 33-35; ADAP: II, Nr. 383, 390, 402; V, Nr. 221, 223f.

⁵¹ ADAP: II, Nr. 383, 402; ERDMANNSDORFF 8-9., MACARTNEY: October, I, 245ff.

⁵² MACARTNEY: October, I, 245ff.

⁵³ SZEMBEK 308-309.

vor Entscheidungen, welche beide Seiten betrafen, Konsultationen einzuleiten und gegenüber der ČSR eine gemeinsame Politik zu verfolgen.⁵⁴

Nach der Reise Chamberlains zu Hitler nach Berchtesgaden am 15. September 1938 arbeiteten die polnische und ungarische Regierung auf Grund dieses Gentlemen's Agreements noch enger zusammen als bisher. Am 16. September wurden die diplomatischen Vertreter Polens und Ungarns in London, Paris, Berlin und Rom vorstellig und forderten für die polnische beziehungsweise ungarische Minderheit in der ČSR die Abhaltung von Volksabstimmungen. Sie konnten sich dabei – wie bei allen folgenden Schritten – auf das Versprechen der Prager Regierung vom 24. Mai berufen, der polnischen und ungarischen Minderheit dieselben Rechte zu gewähren wie der deutschen.⁵⁵ Als dann die englische und die französische Regierung die polnisch-ungarische Plebiszitforderung ablehnten⁵⁶ und auf der Londoner britisch-französischen Regierungskonferenz vom 18. September die Wünsche der beiden Staaten ignorierten, ging die polnische Staatsführung einen Schritt weiter. Der englisch-französische Beschluß vom 18. September erschien Beck als ein Bruch des tschechischen Analogieversprechens vom 24. Mai. Er ließ deshalb am 19. September in London, Paris, Bukarest und Budapest wissen, daß er im Sinne der Zugeständnisse, die Hitler in London gemacht worden waren, die Abtretung des Olsa-Gebietes ohne Volksabstimmung verlangen werde.⁵⁷ Am 21. September überreichten die polnischen Botschafter diesbezügliche formelle Demarchen in London, Paris, Berlin und Rom.⁵⁸ Ähnliche Schritte unternahmen auch die ungarischen Gesandten in den vier Hauptstädten.⁵⁹

Als sich die europäische Krise nach dem Scheitern des zweiten Hitler-Chamberlain Treffens in Godesberg zugespitzt hatte, schien eine gewisse Änderung im englischen Verhalten einzutreten. Am 24. September ließ der englische Außenminister, Lord Halifax, in einer an Polen und Ungarn gerichteten gleichlautenden Note in Aussicht stellen, daß nach der Regelung der sudetendeutschen Frage auch die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten durch Verhandlungen gelöst werden könne. Zunächst warnte er jedoch die beiden Regierungen vor jeder direkten Aktion.⁶⁰

In den letzten Tagen vor München versuchte Beneš, in die bis dahin gut funktionierende ungarisch-polnische Zusammenarbeit einen Keil zu schlagen, indem er den Polen die Gleichberechtigung mit den Sudetendeutschen in Aussicht stellte. Da aber sein Angebot zu vage formuliert war, wurde es von Beck abgelehnt.⁶¹ Die polnische Regierung ließ Truppen in Richtung »Mährische Pforte« in Marsch set-

⁵⁴ SZEMBEK 332; MACARTNEY: October, I, 249; HOENSCH: Revisionismus 81f.; DIMK: II, Nr. 320, 342f.

⁵⁵ SZEMBEK 331f.

⁵⁶ DBFP: III, Nr. 13; ADAP: II, Nr. 551.

⁵⁷ DBFP: III, Nr. 15, 19; ADAP II, Nr. 540.

⁵⁸ DBFP: III, Nr. 20f.; ADAP: II, Nr. 553, 569; SZEMBEK 337; BECK 163; BONNET 97; NOËL 219.

⁵⁹ MACARTNEY: October, I, 259.

⁶⁰ DBFP: III, Nr. 25, 41, 44.

⁶¹ BECK 163.

zen. Sie forderte zudem Prag auf, das Teschener Gebiet jenseits der Olsa abzutreten.⁶² Als sich am 28. September abzuzeichnen begann, daß die tschechische Frage durch eine Konferenz der vier Großmächte gelöst werden würde, verschärfte Beck die polnische Forderung. Er verlangte, das Olsa-Gebiet am 30. September abzutreten.⁶³ Am selben Tage verlangte auch die ungarische Regierung die Abtretung der von Ungarn bewohnten Gebiete sowie die Selbstbestimmung für die Slowaken und die Ukrainer.⁶⁴

Die Münchener Konferenz ließ die polnischen und ungarischen Forderungen unbeachtet. Es war Mussolini, der wegen der wachsenden Macht Hitlers beunruhigt war, zu verdanken, daß die Frage der polnischen und ungarischen Minderheit in eine »zusätzliche Erklärung« zum Viermächteabkommen aufgenommen wurde: »Die Regierungschefs der vier Mächte erklären, daß das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei, sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird, den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte bilden wird.«⁶⁵ In diesem diplomatischen Schritt Mussolinis offenbarte sich noch einmal die alte Konzeption, der deutschen Balkanexpansion einen polnisch-ungarisch-italienischen Damm entgegenzusetzen. Über die Slowakei und die Karpato-Ukraine wurde jedoch kein Beschluß gefaßt.

Die Münchener Konferenz kann als ein Fiasko der Beckschen und auch der ungarischen Außenpolitik betrachtet werden. Die »integrale Lösung« der slowakischen und der ruthenischen Frage ist nicht einmal zur Sprache gekommen. Die Westmächte befriedigten Hitlers Ansprüche auf Kosten Polens und Ungarns.

Als sich dieser Kompromiß zugunsten Deutschlands bereits abzuzeichnen begann, beklagte sich der anglophile ungarische Außenminister Kánya während eines Gesprächs mit dem englischen Gesandten in Budapest, Sir Geoffrey Knox, bitter. Die englische Regierung – so Kánya – sei bereit, sich der Gewalt zu beugen und die sudetendeutschen Gebiete, die seit Jahrhunderten einen Teil des Königreichs Böhmen und Mähren bildeten, an Deutschland abtreten zu lassen. Sie sei hingegen nicht bereit zur Abtretung von Gebieten mit mehrheitlich ungarischer Bevölkerung, die tausend Jahre hindurch Teile des ungarischen Königreichs bildeten und erst seit zwanzig Jahren unter tschechischer Besetzung stünden.⁶⁶

Der erste Versuch zur Herstellung der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze

Die polnische Regierung war entschlossen, die Ergebnisse der Münchener Konferenz nicht zu akzeptieren und die polnischen Angelegenheiten selber zu regeln. Am 30. September – kurz vor Mitternacht – wurde in Prag ein auf 12 Stunden be-

⁶² BECK 164; SZEMBEK 343.

⁶³ ADAP: II, Nr. 667; DBFP: III, Nr. 64.

⁶⁴ ADAP: II, Nr. 630, 658; MACARTNEY: October, I, 270f.

⁶⁵ ADAP: II, Nr. 670.

⁶⁶ DBFP: III, Nr. 25.

fristetes Ultimatum überreicht, in welchem die sofortige Übergabe des Olsa-Gebietes gefordert wurde. Prag gab nach. Am 1. und 2. Oktober besetzten polnische Truppen Teschen und das Olsa-Gebiet. Dies wurde als ein persönlicher diplomatischer Erfolg Józef Becks gewertet, dem vom Präsidenten der Republik, Ignacy Mościcki, als Dank und Anerkennung für seine erfolgreiche Diplomatie die höchste polnische Auszeichnung, der Orden des Weißen Adlers, überreicht wurde. Das Volk jubelte ihm, dem verschlossenen und nicht allzu populären Staatsmann, begeistert zu.

Trotz der Eingliederung des Olsa-Gebietes muß München – wie bereits angedeutet – als ein Mißerfolg der polnischen Diplomatie gewertet werden. Die Tschechoslowakei ist in München erhalten geblieben und mit dem Erlöschen ihrer Allianzen mit Frankreich und Sowjetrußland wurde sie zum Satelliten Deutschlands. Dadurch entstand die Gefahr, daß sie in der immer expansiver und aggressiver werdenden Außenpolitik Hitlers die Rolle eines Querriegels erfüllen würde, der Polen vom Donauraum, von Ungarn und von Italien abschnüren sollte. Die polnische Regierung sah sich einer ähnlichen Situation wie 1935-1936 gegenüber. Die ČSR war erneut ein Instrument einer Großmacht, nur diesmal des nationalsozialistischen Reiches und nicht der bolschewistischen Sowjetunion.

Im Oktober 1938 war die Tschechoslowakei allerdings von inneren Krisen geschüttelt: Slowaken und Ruthenen forderten offen die Autonomie, ihre radikalen Gruppen sogar die Loslösung von der ČSR. Beck wollte diese Auflösungstendenzen schon vor der Münchener Konferenz fördern. Am 16. September entsandte er seinen Kabinettschef, den Grafen Łubieński, zur Völkerbundssitzung nach Genf, um dem rumänischen Außenminister Comnène klar zu machen, daß er die Möglichkeit einer Annexion der gesamten Slowakei durch Ungarn anstrebe.⁶⁷

König Carol und die rumänische Regierung widersetzten sich diesem polnischen Plan. Sie ließen Beck und die Regierungen der Großmächte wissen, daß sie im Falle eines ungarischen Angriffs auf die Tschechoslowakei Ungarn gemäß den geltenden Verträgen angreifen würden.⁶⁸ Auch nach München intervenierte die rumänische Regierung in allen europäischen Hauptstädten »pour empêcher l'établissement d'une frontière commune entre la Pologne et la Hongrie«.⁶⁹

In den ersten Oktobertagen setzte die polnische Regierung ihre Hoffnungen auf die Proklamation der Unabhängigkeit der Slowakei. Diese Hoffnungen erwiesen sich vorerst als illusorisch. Die Slowakische Volkspartei und zwei kleinere Gruppierungen, die zusammen die »Slowakische Union« bildeten, entschieden sich auf ihrer am 6. Oktober in Sillein (Žilina, Zsolna) abgehaltenen Tagung mehrheitlich für ein Verbleiben in der Tschechoslowakischen Republik. Sowohl der von Ferdinand Ďurčanský geführte Flügel der SVP, der die völlige Unabhängigkeit, als auch die Gruppe um Karol Sidor, die eine Union mit Polen anstrebte, unterlagen bei der Abstimmung. Die Slowakei erhielt eine weitgehende Autono-

⁶⁷ DBFP: III, Nr. 27, 46, 65, 67.

⁶⁸ ADAP: II, Nr. 609, 650.

⁶⁹ SZEMBEK 350.

mie, der Name der Tschechoslowakei (ČSR) wurde – mit einem Bindestrich versehen – in Tschecho-Slowakei (Č-SR) umgeändert.

Inzwischen kam es zu einer weiteren Vertiefung der polnisch-ungarischen Zusammenarbeit. Am 5. Oktober 1938 fuhr der Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums, István Graf Csáky, nach Warschau. Im Laufe seiner mit Beck und dessen Kabinettschef, Graf Łubieński, geführten Gespräche wurde von polnischer Seite die Unterstützung der ungarischen außenpolitischen Ziele zugesichert, falls Ungarn sich bereit erkläre, alles zu unternehmen, um die gemeinsame Grenze mit Polen wiederherzustellen. Die Verhandlungspartner waren sich einig, daß eine solche Politik durch die Eingliederung Rutheniens – nicht aber der Slowakei – in den ungarischen Staatsverband durchzuführen sei. Csáky war der Ansicht, »que la population de cette région ce prononcera pour son rattachement à la Hongrie«.⁷⁰

Beck ließ unmittelbar nach den mit Csáky geführten Verhandlungen die Regierungen Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens wissen, daß Polen die ungarische Forderung einer gemeinsamen Grenze unterstütze.⁷¹ Der rumänischen Regierung erklärte er, daß die Slowakei – sei es auch in Form einer föderativen Lösung bei Beibehaltung ihrer Unabhängigkeit – und die Karpato-Ukraine Ungarn zufallen müßten, schon um den seit dem Anschluß Österreichs konzipierten Plan einer Achse Warschau – Budapest – Rom, also eines Dammes, *den Rumänien verstärken solle*, nunmehr zu verwirklichen.⁷²

Die »integrale Lösung« zur Neuordnung des »Oberlandes« war aber zu jener Zeit nicht nur wegen des rumänischen Widerstandes nicht realisierbar. Der Hauptgegner der Errichtung einer polnisch-ungarischen Grenze war nach der Münchener Konferenz das Dritte Reich. Hitler und Ribbentrop konnten das Zögern der ungarischen Staatsmänner im August und September 1938, sich an einem Feldzug gegen die Tschecho-Slowakei zu beteiligen, nie verzeihen.⁷³

Auch das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) vertrat in einer Aufzeichnung vom 6. Oktober 1938 für das Auswärtige Amt die Auffassung, daß der Rest der Tschecho-Slowakei als deutsches Interessengebiet zu behandeln und sowohl gegen Einflüsse von außen als auch gegen die Forderungen anderer Mächte zu schützen sei. Im OKW war man der Meinung, daß der tschechische und slowakische Reststaat sich in Zukunft erheblich an Deutschland anlehnen müsse und werde. Es bestehe daher ein militärisches Interesse, die Slowakei und die Tschechei vereint und unter starkem deutschen Druck zu lassen.⁷⁴

⁷⁰ SZEMBEK 344f.

⁷¹ ADAP: IV, Nr. 38; V. Nr. 67; DBFP: III, Nr. 67, 97, 117, 131f., 136, 141.

⁷² DBFP: III, Nr. 97, 144, 146, 162, 172.

⁷³ So Hitler während seiner mit Beck am 5. Januar 1939 in Berchtesgaden geführten Gespräche.

⁷⁴ ADAP: IV, Nr. 39.

Nachdem die mit der Delegation der Tschecho-Slowakei⁷⁵ vom 9.-13. Oktober in Komorn (Komárom, Komárno) geführten Verhandlungen über die Abtretung der von Ungarn bewohnten Gebiete erfolglos endeten und die ungarische Regierung zwecks Regelung des Konfliktes sich an die vier Signatarmächte des Münchener Abkommens gewendet hatte,⁷⁶ bewirkte dieser ungarische diplomatische Schritt in Polen eine Mißstimmung. Beck wies den Gesandten in Budapest, Orłowski, an, gegen die Anrufung der vier Mächte ohne Polen in Budapest scharfen Protest einzulegen.⁷⁷ Die polnische Démarche löste in Budapest tiefe Depressionen aus. Der Gesandte in Warschau, Andr s Hory, lud am folgenden Tag auch Polen – obwohl keine Signatarmacht von München – zu den Beratungen ein. Als Graf Szembek ihm wegen des allzu vorsichtigen Verhaltens der ungarischen Regierung bezüglich der Karpato-Ukraine und der gemeinsamen Grenze Vorwürfe machte, berief sich Hory auf die Schwäche der ungarischen Armee und auf die tschechische Luft berlegenheit.⁷⁸

Da die Herstellung der Grenze mit Ungarn Mitte Oktober auf Schwierigkeiten gestoßen war, versuchte Beck erneut, auf die slowakische Karte zu setzen. Am 19. Oktober empfing sein Stellvertreter, Graf Szembek, den radikalen polonophilen slowakischen Nationalistenf hrer Karol Sidor in Warschau. Sidor versicherte, daß die Slowaken die völlige Unabhängigkeit anstrebten. Laut Szembek gab Sidor folgende Erklärung ab: »Les Slovaques [...] désirent soumettre leur pays à une sorte de protectorat politique et militaire de la Pologne«. Auf Grund seiner Äußerungen entschloß sich die polnische Regierung, die nationalistische Hlinka-Bewegung auch finanziell zu unterstützen.⁷⁹

Hitler war aber entschlossen, die geplante polnisch-slowakische Union zu verhindern und die Slowakei mindestens vorläufig im Rahmen des tschechoslowakischen Staatsverbandes zu belassen. Anlässlich der Verhandlungen, die zum Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 führten, unterstützte die deutsche Reichsregierung folgerichtig die slowakische Partei gegen die ungarischen Forderungen.⁸⁰

Am 19. Oktober unternahm der polnische Außenminister noch einen letzten Versuch, den rumänischen König und seine Regierung in der Frage der polnisch-ungarischen Grenze umzustimmen. Er fuhr nach Galaţi, wo er mit dem König und

⁷⁵ Die ungarische Delegation wurde von Außenminister K nya und Kultusminister Graf Teleki geführt, die tschecho-slowakische von Jozef Tiso, dem späteren Staatschef der unabhängigen Slowakei.

⁷⁶ Die Vierm chtekonzferenz kam wegen Hitlers Einspruch nicht zustande.

⁷⁷ SZEMBEK 354.

⁷⁸ SZEMBEK 356. Die von Bene  am 23. September 1938 angeordnete allgemeine Mobilmachung wurde bis Oktober 1938 nicht widerrufen. Damals war die tschechoslowakische die verh ltnism sig stärkste Armee in Mitteleuropa.

⁷⁹ SZEMBEK 359.

⁸⁰ Aus dem Schrifttum zum Wiener Schiedsspruch: ADAP: IV, Nr. 99; DIMK: II, Nr. 621f.; CHASZAR 55; HOENSCH: Revisionismus, 188ff.; MACARTNEY: October, I, 298ff.; R NKI – PAMLÉNYI – TLKOVCSZKY – JUH SZ 312ff.

mit Außenminister Comnène verhandelte. Comnène widersetzte sich den polnischen Bestrebungen, das rumänisch-ungarische Verhältnis zu verbessern und lehnte die Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze ab. Er berief sich auf das – seit München de facto nicht mehr existierende – Bündnis der Kleinen Entente und verlangte die Beibehaltung der gemeinsamen Grenze zwischen Rumänien und der Tschecho-Slowakei. Er schien die Tatsache, daß die Č-SR ein deutscher Satellit geworden war, nicht zur Kenntnis zu nehmen.⁸¹

Inzwischen verschlechterte sich vom polnischen und ungarischen Gesichtspunkt aus betrachtet die Lage auch in der Karpato-Ukraine. Wie bereits einleitend erwähnt wurde, bekämpften sich zwei verschiedene Richtungen in dieser Provinz, die von der tschechischen Zentralregierung vorerst als »Podkarpatská Rus«, zur Zeit der Sudetenkrise jedoch als »Karpato-Ukraine« bezeichnet wurde.⁸² Als nach der Konferenz von München die Tschechoslowakei in einen föderativen Staat umgewandelt worden war, wählte der unter dem Vorsitz des Prälaten Vološyn tagende Ukrainische Zentralrat die erste Landesregierung der Karpato-Ukraine. Sie wurde auf Grund eines Kompromisses der zwei antagonistischen Richtungen gebildet. Ministerpräsident wurde der magyrophile Andrej Bródy, der auch die Ressorts für Finanzen und Schulwesen übernahm. Das Innenministerium wurde vom »Ukrainer« Edmund Bačinskýj übernommen, Staatssekretär für Justizangelegenheiten wurde Dr. Pyešchak. Zum Bevollmächtigten für die Kommission zur Grenzziehung zwischen der Slowakei und der Karpato-Ukraine wurde der magyrophile Stepan Fencik ernannt. Ausschließlich den Ukrainern sollten auch bei späteren Regierungsumbildungen die Ressorts für Bahn- und Postwesen, für das Julian Revay vorgesehen war, und für Soziales und Gesundheit, dem Vološyn vorstand, vorbehalten bleiben.⁸³ Die autonome Landesregierung wurde von Prag in dieser Zusammensetzung bestätigt.

Mit dem magyrophilen Bródy an der Spitze erhofften sich die polnischen und ungarischen Regierungen, die Herstellung der gemeinsamen Grenze noch intensiver vorantreiben zu können. Bródy hatte seit 1920 offen eine proungarische Linie verfolgt. Er unterhielt eigene Büros und veröffentlichte verschiedene, den »Anschluß« an Ungarn propagierende Broschüren.⁸⁴

Bródy's offen ungarfreundliche Politik veranlaßte die Prager Zentralregierung, gegen ihn zu einem Schlag auszuholen. Anläßlich einer am 25. Oktober in Prag abgehaltenen Sitzung ließ der provisorische Staatschef der Č-SR, General Syrový, Bródy verhaften. In der Karpato-Ukraine wurde nach seiner Verhaftung mit Brachialgewalt eine dem großukrainischen Nationalismus zuneigende Regierung un-

⁸¹ BECK 174f.; HOENSCH: Revisionismus, 158f.; MACARTNEY: October, I, 295f.

⁸² ZLEPKO 19ff.

⁸³ ZLEPKO 32f.

⁸⁴ ZLEPKO 33. – Gemäß einigen Historikern wollte Andrej Bródy am letzten Tag der ungarisch-slowakischen Verhandlungen in Komorn, am 13. Oktober 1938, den Anschluß Rutheniens an Ungarn bekanntgeben. Da der ungarische Regierungschef Imrédy die Verhandlungen abbrechen ließ, befand sich zum Zeitpunkt des Eintreffens Bródy's die ungarische Delegation bereits auf der Rückreise. CHASZAR 40f.; HOENSCH: Revisionismus, 142; MACARTNEY: October, I, 287.

ter dem Vorsitz des griechisch-katholischen Prälaten, Monsignore Vološyn, eingesetzt. Vološyn stand in enger Verbindung mit nationalsozialistischen deutschen Agenten und strebte mit deren Hilfe den Ausbau Rutheniens zum Piemont eines mit deutscher Hilfe zu gründenden großukrainischen Staates an. Durch die Absetzung der Regierung Bródy wurde die Schaffung eines polnisch-ungarischen *Fait-accompli* in Ruthenien erschwert.⁸⁵

Die Bemühungen um die Errichtung der gemeinsamen Grenze nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß der vielleicht größte Dilettant der Geschichte der Diplomatie, der Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop, sich als guter Prophet erwiesen hatte, als er zögerte, im Namen des Deutschen Reiches die Schiedsrichterrolle im ungarisch-tschechoslowakischen Grenzkonflikt anzunehmen. In einem mit Ciano geführten Telefongespräch am 22. Oktober vertrat der Reichsaußenminister die Auffassung, daß das Schiedsgericht nach seiner Meinung gefährlich sein könnte, da es schließlich sowohl Prag als auch Budapest unzufrieden lassen werde und die Achsenmächte zwingen könnte, Gewalt anzuwenden, um die Beschlüsse durchzusetzen.⁸⁶ Obwohl diese Äußerung Ribbentrops selbst als dilettantisch zu bezeichnen ist, da das Schiedsgericht als Institution des Völkerrechts die vorherige Zustimmung der betreffenden Parteien vorsieht, dürfte Hitlers einstiger Chefdiplomate, vom rein volkpsychologischen Gesichtspunkt aus betrachtet, doch Recht gehabt haben. Daß die direkt betroffenen Staatsmänner des sich zu jener Zeit in Auflösung begriffenen tschechoslowakischen Staatswesens, so vor allem die slowakischen und ruthenischen Regierungschefs, Tiso und Vološyn, den in Wien am 2. November 1938 gefällten Entscheid als »schmerzlich« empfunden haben,⁸⁷ mag darauf zurückzuführen sein, daß Slowaken und Ruthenen beziehungsweise Ukrainer⁸⁸ auch während der zentralistischen Herrschaft Prags sich trotz tschechischer Entnationalisierungstendenzen zu den »staats-

⁸⁵ ÁDÁM: A kisantant, 323ff.; BECK 162ff.; HOENSCH: Revisionismus, 216ff.; MACARTNEY: October, I, 305ff.; ROOS 358ff.; ZLEPKO 65ff.

⁸⁶ ADAP: IV, Nr. 62f., 87, 400; CIANO: Tagebücher 1937-1938, 22. Oktober 1938; MACARTNEY: October, I, 297f.

⁸⁷ Jozef Tiso gab das Ergebnis des Schiedspruches in seiner Rundfunkansprache mit weinerlicher Stimme bekannt und verkündete: »Niemand kann uns daran hindern, der Welt zu erklären, daß dem slowakischen Volk ein großes Unrecht widerfahren ist«. HOENSCH: Revisionismus, 187.

⁸⁸ Der Regierungschef der Karpato-Ukraine, Monsignore Vološyn, übte noch schärfere Kritik am Schiedsspruch und verurteilte insbesondere die Rückgabe der Städte Ungvar (Užhorod, Ungvár) und Munkatsch (Mukačevo, Munkács) an Ungarn als »Verletzung des ethnischen Prinzips«. Diese Behauptung dürfte für die zwei Städte – deren Bevölkerung im Herbst 1938 noch mehrheitlich magyarisch war – kaum, höchstens auf die in ihrer Umgebung liegenden Dörfer zutreffen.

bildenden Völkern« zählen durften⁸⁹ und das Resultat des Schiedsspruchs als Aufgabe ihres nationalen Besitzstandes empfanden. Weshalb hat aber dieser Schiedsspruch, der – soweit es dies in Ost-Mitteleuropa überhaupt möglich ist – dem ethnischen Prinzip gerecht zu sein suchte, auch in Ungarn nebst der ohne Zweifel überwältigenden Begeisterung auch das Empfinden einer gewissen Enttäuschung ausgelöst?

Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 war ohne Zweifel ein erster großer Erfolg der ungarischen Diplomatie, deren Hauptziel in der Zwischenkriegszeit die friedliche Revision des durch Verletzung des Selbstbestimmungsrechts zustande gekommenen Friedensvertrages von Trianon war. Ohne Gewaltanwendung gelang es der ungarischen Regierung, ein Gebiet von 12.103 km² mit einer Bevölkerung von 1.030.000 Bewohnern⁹⁰ (davon 830.000 Ungarn) zurückzuerhalten. Dank italienischer Unterstützung und gegen den ursprünglichen Willen der deutschen Reichsregierung, insbesondere des Reichsaußenministers von Ribbentrop, kehrten auch die Städte Kaschau (Košice, Kassa), Munkatsch und Ungvar zurück. Auch wirtschaftlich waren diese Gebiete wertvoll. Nicht nur das reiche landwirtschaftliche Kulturland des Schüttgebietes, auch Braunkohlelager, Kupferbergwerke, Magnesitlagerstätten und die Eisenerzgruben im Gömör-Zipser-Erzgebirge gelangten erneut in das ungarische Hoheitsgebiet, und die ungarische Industrie erhielt einen Zuwachs von 326 Fabrikbetrieben (insbesondere der Nahrungsmittel-, der keramischen und der Holzindustrie). Nicht nur Ministerpräsident Imrédy dankte in seiner am Abend des 2. November 1938 gehaltenen kurzen Rundfunkansprache den zwei Achsenmächten für die teilweise Erfüllung der ungarischen Forderungen. Die diplomatische Hilfe Deutschlands, Italiens und Polens (das am Schiedsspruch als Folge eines tschechischen Einspruchs nicht teilnahm) wurde von allen ungarischen Zeitungen – vom Pfeilkreuzlerblatt »Magyarság« bis zum jüdischen »Újság« – eindeutig anerkannt. Unterschiede bestanden darin, daß in den konservativen, liberalen und linken Zeitungen eher die Rolle Italiens und Polens hervorgehoben und jene des deutschen Reiches nur höflich erwähnt, aber in den Hintergrund gestellt wurde.

Bei aller Begeisterung konnte jedoch nicht verborgen bleiben, daß sowohl die breite Öffentlichkeit als auch ein großer Teil der »Classa politica« mit dem Ergebnis unzufrieden waren und den Entscheid mehr oder weniger als provisorisch

⁸⁹ Dies traf insbesondere für die Slowaken zu. Sie wurden – auf Grund des im Juni 1918 zwischen Professor Masaryk und einigen Exilslowaken abgeschlossenen Pittsburger-Akommens – einerseits als staatstragendes Volk anerkannt, andererseits versuchten die wechselnden Prager Regierungen die Fiktion eines einheitlichen tschechoslowakischen Volkes aufrechtzuerhalten. Der Tschechoslowakismus wurde von der großen Mehrheit des slowakischen Volkes abgelehnt.

⁹⁰ Die Bevölkerung, die als Folge des Schiedsspruchs vom 2. November 1938 unter ungarische Hoheit gelangte, setzte sich wie folgt zusammen:

Ungarn	830.000
Slowaken	140.000
Deutsche	20.000
Ruthenen, Polen, Sonstige	40.000
Insgesamt	1.030.000

betrachteten. Schmerzlich wurde zur Kenntnis genommen, daß die alte Krönungsstadt Preßburg (Bratislava, Pozsony) und die historisch geprägte Bischofsresidenz Neutra (Nitra, Nyitra) bei der Slowakei verblieben. Die politische Führungsschicht wußte natürlich, daß im Herbst 1938 eine Revision des Trianon-Vertrages nur im Sinne der ethnischen Lösung möglich war, da die Münchener Viermächtekonferenz vom 29. September 1938 als leitenden Grundsatz der neuen Ordnung das ethnische Prinzip anerkannt hatte. Die ungarischen Revisionsbestrebungen richteten sich aber von jeher nach dem historisch-territorialen Prinzip. Auch die gemäßigten Kreise der führenden Schicht, Teleki, Bethlen und die Monarchisten, strebten langfristig einen föderativen Zusammenschluß der ehemaligen Länder der Stephanskrone an. Auch der Jubel, mit welchem die in die befreiten Gebiete einrückenden Honvéd-Einheiten und der Reichsverweser selber empfangen worden waren, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich beim Schiedsspruch im Belvedere-Palast nicht um die Wiederherstellung der historischen Rechte Ungarns, sondern um eine Neuordnung nach dem »völkischen Prinzip«, das damals noch die offiziell verkündete Politik des nationalsozialistischen Deutschlands war, handelte.

Nach dem Silleiner Beschluß der SVP vom 6. Oktober 1938, mit welchem sich die Mehrheit der Slowaken unter der Bedingung, daß ihnen eine weitgehende Autonomie eingeräumt werde, für das Verbleiben im tschechoslowakischen Staatsverband ausgesprochen hatte, wurde auch in Budapest jedermann klar, daß die vor 1938 stets angestrebte ungarisch-slowakische Union zur Zeit nicht realisierbar sei. Dies hätte auch die Reichsregierung nicht zugelassen. In seiner am 14. Oktober 1938 mit dem ehemaligen ungarischen Regierungschef, Kálmán Darányi, geführten Unterredung hatte sich Hitler, der das ungarische Verhalten während der Sudetenkrise rügte, gegen eine Rückkehr der Slowakei in den ungarischen Staatsverband ausgesprochen.⁹¹ Die Hoffnungen der Ungarn dagegen richteten sich um so mehr auf die Rückkehr Rutheniens und die Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze.⁹² Nun, der Belvedere-Entscheid vereitelte die Erfüllung dieser auch vom Gesichtspunkt der unabhängigen ungarischen Außenpolitik aus betrachtet äußerst wichtigen Forderung. Es war zu erwarten, daß sich nach der ersten Freude die Unzufriedenheit der ungarischen Öffentlichkeit in irgendeiner Eruption entladen werde. Die maßgebenden Kreise waren von Sorge erfüllt. Die Rechtsradikalen meinten, nur durch eine enge Anlehnung an das als mächtig erscheinende Dritte Reich könne eine weitere Revision des Trianon-Vertrages erreicht werden. Die Opposition (Konservative, Monarchisten, Kleinlandwirte, Liberale und Sozialdemokraten) sowie der gemäßigte, konservative Flügel der Regierungspartei befürchteten eine weitere, die Unabhängigkeit Ungarns gefährdende Expansion Deutschlands und strebten noch engere Beziehungen zu Polen,

⁹¹ ADAP: IV, Nr. 62; RÁNKI – PAMLÉNYI – TILKOVSKY – JUHÁSZ 323ff.; MACARTNEY: October, I, 289f.; HOENSCH: Revisionismus, 145ff.

⁹² Da ein Teil der ruthenischen Intelligenz, wie z. B. die Politiker Bródy und Fencik eine Union mit Ungarn anstrebte, und ihre Meinung als jene der Volksmehrheit vertrat, vermutete man in Budapest, daß die Rückkehr dieses Gebietes dem Prinzip der Selbstbestimmung entsprechen würde.

zum faschistischen Italien – das damals noch als Gegengewicht gegen das Dritte Reich galt – und eine Annäherung an die zwei demokratischen Großmächte, England und Frankreich, an.

Die Teilung Rutheniens durch den Wiener Schiedsspruch wurde in breiten Kreisen der ungarischen Öffentlichkeit nur als eine Zwischenlösung betrachtet. Das von Ungvár und Munkács abgeschnittene, mit den übrigen Landesteilen der Tschecho-Slowakei nur mit kaum befahrbaren Straßen verbundene Rumpf-Ruthenien, wo seit der Verhaftung des magyarophilen Ministerpräsidenten Bródy durch die tschechischen Behörden unter der Leitung des griechisch-katholischen Geistlichen Vološyn eine von Deutschland unterstützte ukrainische Regierung amtierte, war ein kaum lebensfähiges Bergland. Seit Oktober 1938 nahm der deutsche Einfluß im gesamten Staatsgebiet der Č-SR, insbesondere in der Slowakei und in Ruthenien, von Tag zu Tag zu. In die Ermüchterung über das Ausbleiben der gemeinsamen Grenze mit Polen, für die auf Kundgebungen in ganz Ungarn demonstriert wurde, mischte sich die Angst, von Deutschland noch stärker umklammert und den Forderungen seines unberechenbaren Führers noch mehr ausgeliefert zu sein. Wie erwähnt, brachten Pressestimmen den Dank auch an Hitler und die Reichsregierung zum Ausdruck. Studentenschaften, Frontkämpfervereine, Mitglieder der vom Schriftsteller Ferenc Herczeg geführten Revisionsliga und anderer vaterländisch gesinnter Vereine zogen aber vor die italienische Gesandtschaft, um Mussolini und Ciano zu huldigen. Alles deutete darauf hin, daß sich weder die ungarische Regierung noch die Öffentlichkeit lange mit dem Ergebnis des Wiener Schiedsspruchs zufriedengeben würden und daß sie nur auf einen günstigen Augenblick warteten, den Entscheid zu Ungarns Gunsten zu korrigieren. Der Führer der Kleinlandwirtepartei, Tibor Eckhardt, feierte zwar am 6. November in einer Ansprache vor der Revisionsliga die Wiedereingliederung der von Ungarn bewohnten Gebiete der Č-SR als ein großes historisches Ereignis. Dennoch konnte die endgültige Lösung nur in der Vereinigung der autonomen Karpato-Ukraine mit Ungarn bestehen, da Ungarn, um in Sicherheit leben zu können, eine gemeinsame Grenze mit Polen haben müsse – argumentierte Eckhardt.⁹³

Es wäre verfehlt, die ungarischen Bestrebungen zur Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze und zur damit verbundenen Einverleibung Rutheniens in den ungarischen Reichsverband mit der sogenannten »Annexionslust« des Horthy-Regimes zu erklären, wie dies einige ungarische und auch westliche Historiker tun.⁹⁴ Der Glaube an das Selbstbestimmungsrecht des ruthenischen Volkes dürfte mindestens bei einem Teil der ungarischen Öffentlichkeit echt gewesen sein. Außenminister von Kánya hat in einem dem ungarischen Gesandten in Rom zugestellten Telegramm vom 17. November 1938 vielleicht ein wenig übertrieben,

⁹³ Eckhardts Ansprache, zitiert in ZLEPKO 78 sowie im Bericht des deutschen Gesandten von Erdmannsdorff vom 9. November 1938, in RÁNKI – PAMLÉNYI – TILKOVSKY – JUHÁSZ 323. Eine gute Beschreibung der nach dem ersten Wiener Schiedsspruch in Ungarn herrschenden Stimmung findet sich bei MACARTNEY: October, I, 310ff.

⁹⁴ Pars pro toto soll hier auf die Werke von ÁDÁM, JUHÁSZ, RÁNKI, TILKOVSKY, aber auch auf das an und für sich sehr gut dokumentierte Werk von HOENSCH: Revisionismus verwiesen werden.

als er sich darauf berief, daß das ruthenische Volk eine Wiedervereinigung mit Ungarn wünsche.⁹⁵ In der ersten Novemberhälfte trafen aber in Budapest massenweise Briefe und Telegramme ein, die solchen Wünschen Ausdruck gaben. Angesichts der Schwerfälligkeit des rechtskonservativen, aber parlamentarischen und konstitutionellen Horthy-Regimes scheint es unwahrscheinlich, daß dieses zur Organisierung solcher Massenkundgebungen nach totalitärem Modell fähig gewesen wäre. Die Mehrheit der Demonstrierenden, die die gemeinsame Grenze mit Polen verlangt hatte, glaubte vermutlich ehrlich daran, daß diese Forderung sowohl dem alten historischen Recht der Stephanskronen als auch dem Wilsonschen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts zu entsprechen vermochte.

Diese Motive waren aber überschattet von einer weit verbreiteten Angst vor Deutschland. Diese Angst war bereits vor 1938 vorhanden, nahm aber nach dem durch den Anschluß von Österreich und der »Heimführung« des Sudetenlandes ins Reich erzielten Machtzuwachs des Dritten Reiches stets zu.⁹⁶

War die Umzingelung Ungarns durch den Ring der Kleinen Entente in der Zeitspanne 1920-1938 für das kleine Rumpf-Ungarn kaum erträglich, so verschlechterte sich die geostrategische Lage des Landes nach dem Viermächte-Abkommen von München trotz des im Wiener Schiedsspruch erzielten Gebietszuwachses beträchtlich. Rumänien blieb weiterhin ein feindlicher Nachbar. Bestrebungen, das Verhältnis zu Jugoslawien zu verbessern, blieben erfolglos. An der Nordgrenze Ungarns war die feindlich gesinnte, aber eine Status-Quo-Politik verfolgende Republik Beneš' durch einen virulenten, vom mächtigen Deutschland unterstützten, magyarophoben slowakischen und ukrainischen Nationalismus abgelöst worden. Und die größte Bedrohung stellte das mächtig gewordene Dritte Reich dar, das beim Wiener Schiedsspruch – dies war im November 1938 ein offenes Geheimnis – die ungarischen Revisionsbestrebungen nicht unterstützt hatte. Ribbentrop gab nur nach, weil Ungarn von Italien unterstützt worden war und der »Führer« und sein Außenminister zu jener Zeit bereits ein Militärbündnis mit Italien anstrebten. Darüber hinaus benutzte Deutschland die Wiener Arbitrage dazu, ehemals ungarisches Gebiet, die zwei deutsch besiedelten Nachbarorte von Preßburg, Theben (Devín, Dévény) und Engerau (Petržalka, Pozsonyligetfalu), ins deutsche Reichsgebiet einzugliedern (nach damaliger konservativer Auffassung: »Ein Stück der Heiligen Stephanskronen zu entreißen«).

In dieser isolierten Lage schien ein einziger Hoffnungsschimmer zu strahlen: die Wiederherstellung der gemeinsamen Grenze mit Polen. Diese Forderung wurde – wie bereits ausführlich geschildert – von Polen tatkräftig unterstützt.

Die Leitidee der Münchener Konferenz und des Wiener Schiedsspruchs, das ethnische Prinzip, wurde von der ungarischen Regierung nur mit der *reservatio mentalis* akzeptiert, daß seine Anwendung die Errichtung einer gemeinsamen Grenze mit Polen unter keinen Umständen verhindern dürfe. Ursprünglich wollte Ungarn erreichen, daß am Schiedsgericht in Wien auch Polen teilnehme. Da die

⁹⁵ DIMK: III, Nr. 39.

⁹⁶ Schrifttum zum spannungsgeladenen deutsch-ungarischen Verhältnis: MACARTNEY: October; RÁNKI – PAMLÉNYI – TILKOVSKY – JUHÁSZ; ÁDÁM – JUHÁSZ – KEREKES; JUHÁSZ.

tschechoslowakische Regierung für diesen Fall die Teilnahme Rumäniens verlangte, wurde der Plan einer polnischen Beteiligung fallengelassen.⁹⁷ Der ungarische Außenminister Kánya hatte aber die Zustimmung Becks zur Anrufung eines deutsch-italienischen Schiedsgerichtes unter Ausschluß Polens durch die Versicherung zu erlangen versucht, *die ungarische Regierung würde sich nie mit einer unbefriedigenden Entscheidung in bezug auf Ruthenien abfinden*.⁹⁸

Unmittelbar nach dem Wiener Schiedsspruch, am 6. November 1938, fand in Budapest unter dem Vorsitz des Reichsverwesers eine Kabinettsitzung statt, in welcher die Besetzung des gesamten Rutheniens als vordringliches Ziel der ungarischen Außenpolitik bezeichnet wurde.⁹⁹ Um dieses Ziel zu erreichen, wurden ohne Zögern die erforderlichen diplomatischen Schritte eingeleitet. Am 9. November hatte in Warschau der ungarische Gesandte Hory mit dem polnischen Außenminister Beck und dessen Kabinettschef Graf Łubieński eine Unterredung. Die ungarische Regierung war fest entschlossen, in Rumpf-Ruthenien einzumarschieren, wenn Polen bereit gewesen wäre, sich an dieser Aktion militärisch, mit der Entsendung von regulären polnischen Truppen, zu beteiligen.¹⁰⁰ Beck und Łubieński lehnten die ungarische Forderung ab und sie stellten lediglich die Beteiligung polnischer Freischärler in Aussicht.

Zur Einverleibung Rutheniens wollte sich Ungarn auch die Unterstützung der italienischen Regierung sichern. Am 11. November 1938 wurde jedoch eine diesbezügliche Anregung des ungarischen Gesandten Villani von Außenminister Ciano schroff abgelehnt. Ciano betonte während der Unterredung, Ungarn habe sich verpflichtet, den Wiener Entscheid als endgültig zu akzeptieren. Eine Abweichung von dieser Linie einige Tage nach dem Schiedsspruch könnte die italienische Regierung keinesfalls hinnehmen, sie wäre sogar gezwungen – im engsten Einvernehmen mit der deutschen Reichsregierung – gegen einen solchen ungarischen Schritt aufs schärfste zu protestieren. Darüber hinaus gab der italienische Außenminister seiner Überzeugung Ausdruck, daß Hitler Ruthenien als »seine eigene Sache« betrachte.¹⁰¹ Daß diese Auffassung Cianos nicht völlig aus der Luft gegriffen war, zeigte auch eine Äußerung Görings im Laufe einer Unterredung mit dem slowakischen Minister Ďurčanský am selben Tag. Der Feldmarschall betonte, im Augenblick könne die slowakische und ukrainische Frage nur im tschechoslowakischen Staatsverband behandelt werden, »daß aber das Ziel eine selbständige Slowakei und eine autonome Ukraine in Anlehnung an diese selbständige Slowakei sei«.¹⁰² Ungeachtet dieses deutsch-italienischen Verhaltens liefen in

⁹⁷ DIMK: II, Nr. 588; CHASZAR 142f.

⁹⁸ HOENSCH: Revisionismus, 217.

⁹⁹ ÁDÁM – JUHÁSZ – KERÉKES 44.

¹⁰⁰ DIMK: III, Nr. 13f.; HORY 252f.

¹⁰¹ DIMK: III, Nr. 22; CIANO: Tagebücher 1937-1938, 277ff.

¹⁰² ADAP: IV, Nr. 112. Görings Äußerung widerspiegelte die zu jener Zeit von maßgeblichen deutschen Stellen der Karpato-Ukraine zugeordnete Rolle. Diese Provinz sollte nach damaliger deutscher Auffassung zum Piemont des durch Auflösung der Sowjetunion zu errichtenden ukrainischen Nationalstaates werden. Die polnisch-ungarischen Pläne gefährdeten dieses Ziel.

Ungarn die militärischen Vorbereitungen zum Einmarsch in Ruthenien – wo bereits starke ungarische und polnische Freischärlereinheiten tätig waren – weiter. Alarmiert durch diese gemeinsame polnisch-ungarische Aktivität schlug Unterstaatssekretär Woermann im Auswärtigen Amt in einer Aufzeichnung vom 12. November 1938 dem Reichsaußenminister vor, Ungarn durch die Überreichung einer gemeinsamen deutsch-italienischen *Démarche* aufzufordern, »unter allen Umständen den Wiener Schiedsspruch zu respektieren und jede subversive Tätigkeit zu unterdrücken«. ¹⁰³

In Budapest wurde die Gefahr eines allfälligen deutschen Vetos anscheinend unterschätzt. Man setzte einseitig auf die diplomatische Unterstützung Polens und trotz der ablehnenden Haltung Cianos wog man sich in der Illusion, daß Italien letzten Endes, um dem deutschen Vordringen im Donauraum einen Riegel vorzuschieben, die polnisch-ungarische Aktion unterstützen werde. Am 15. November bat Horthy den deutschen Gesandten Otto von Erdmannsdorff zu sich und schilderte ihm die in Rumpf-Ruthenien als Folge des Wiener Schiedsspruchs herrschende katastrophale Lage. In der von den wichtigsten Verkehrsadern abgeschnittenen Provinz drohe eine Hungersnot und man könne jeden Tag mit einer Explosion rechnen. Von Tag zu Tag kämen Hilferufe an die ungarische Regierung, teilte Horthy dem Gesandten mit und betonte, daß im Falle einer Explosion die Möglichkeit bestünde, daß ungarische Truppen einmarschierten und dort verblieben, bis das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung gewährleistet würde. ¹⁰⁴ Im übrigen wurde weder im ungarischen Generalstab noch im Außenministerium einer eventuellen deutschen Mißbilligung der Einmarschpläne große Bedeutung beigemessen. Kánya griff auf sein bisher bewährtes taktisches Rezept zurück und stellte eine engere Anlehnung an die Achse in Aussicht. Diese – vom anglophilen Kánya sowieso nicht aufrichtig gemeinten – Zusicherungen fanden wenig Gegenliebe bei Hitler, der anläßlich eines Presseempfanges am 16. November mit brutaler Offenheit Enthüllungen in Aussicht stellte, »die die Ungarn in den Augen der ganzen Welt als idiotisch dastehen lassen würden«. ¹⁰⁵

Am 18. November war der militärische Aufmarsch des 6. ungarischen Armeekorps bei Ungvár und Munkács bereits abgeschlossen. Die ungarische Regierung schritt zu den eigentlichen diplomatischen Vorbereitungen der in Ruthenien geplanten Überraschungsaktion. Über den Termin des Einmarsches wurde weder die deutsche noch die italienische Regierung unterrichtet. Allein Beck wurde über alle Schritte informiert. Ein Gesuch Kányas, sich mit vier polnischen regulären Divisionen zu beteiligen, lehnte der polnische Außenminister erneut ab, zeigte sich aber bereit, vermehrt Freischärler nach Ruthenien zu entsenden und sicherte zu, daß Polen seinen rumänischen Verbündeten von einer eventuellen Intervention zu-

¹⁰³ ADAP: V, Nr. 100.

¹⁰⁴ ADAP: IV, Nr. 118.

¹⁰⁵ HOENSCH: Revisionismus, 221; MACARTNEY: October, I, 311f. Weder unter den ungarischen noch unter den deutschen Akten befindet sich eine Meldung des ungarischen Gesandten Sztójay über diesen Wutausbruch Hitlers. Es ist nicht auszuschließen, daß Sztójay von dieser Äußerung des Führers nicht einmal Kenntnis hatte.

rückhalten werde. Der ungarische Ministerrat setzte den Beginn der militärischen Operationen für die Nacht von Samstag, den 19., auf Sonntag, den 20. November 1938, fest.¹⁰⁶ Sie wurden jedoch – um die gesamte Aktion diplomatisch bestmöglichst abzusichern – um weitere 24 Stunden verschoben.

Auf Anweisung Kányas sprach Sztójay am 18. November 1938 bei Unterstaatssekretär Woermann vor, rechtfertigte die geplante ungarische Aktion in der Karpato-Ukraine, zeigte sich aber zu weiteren Konsultationen mit der Reichsregierung bereit.¹⁰⁷ Woermann wies den Gesandten in Budapest, Erdmannsdorff, unverzüglich an, bei Kánya ohne Aufschub die deutschen Bedenken vorzutragen und darauf hinzuweisen, daß »die Tschecho-Slowakei ein derartiges Vorgehen nicht ohne weiteres hinnehmen werde. Falls durch ein ungarisches Vorgehen Schwierigkeiten entstehen würden, könne Deutschland Ungarn nicht unterstützen«. ¹⁰⁸ Bei der Erledigung seines Auftrages gab Erdmannsdorff unumwunden zu verstehen, daß die Reichsregierung eine Verletzung des Schiedsspruchs mit Mißfallen aufnehmen werde und Ungarn bei einem Einmarsch in Ruthenien das Risiko ganz allein tragen müsse.¹⁰⁹

In seiner am 19. November mit Erdmannsdorff geführten Unterredung erkannte Kánya zwar die Grenzziehung auf Grund des Wiener Schiedsspruchs an, wies jedoch darauf hin, daß »auf Grund Willenskundgebung überwiegender Mehrheit karpato-russischer Bevölkerung, die Anschluß an Ungarn fordere, eine neue Lage entstanden sei und er nicht wisse, ob das Bestreben der ungarischen Regierung, gewaltsame Lösungen zu verhindern, Erfolg haben würde«. ¹¹⁰ Damit glaubte Kánya, den deutschen Einspruch überspielt zu haben und hoffte – trotz vorheriger Warnungen Cianos – sich mit italienischer Unterstützung über das deutsche Veto hinwegzusetzen.

Am 18. November legte der ungarische Gesandte Villani Ciano dar, daß sich im Innern Rutheniens eine Anschlußbewegung an Ungarn vollziehe und – dies entsprach nicht den Tatsachen – Hitler der Entwicklung gleichgültig gegenüberstehe. Ciano mißbilligte erneut den geplanten ungarischen Einmarsch und gab dem ungarischen Gesandten zu verstehen, daß, wenn Hitler sein Veto einlegen werde, er und Mussolini gezwungen seien, sich mit Hitler solidarisch zu verhalten.¹¹¹

Unbekümmert um die Warnungen und die Mißbilligung Cianos versuchte die ungarische Regierung, Italiens diplomatische Unterstützung zu gewinnen. Am Morgen des 20. November wurde der ungarische Militärattaché, László Szabó, bei

¹⁰⁶ ÁDÁM – JUHÁSZ – KERÉKES 45.

¹⁰⁷ DIMK: III, Nr. 48.

¹⁰⁸ ADAP: IV, Nr. 122.

¹⁰⁹ Ebenda; DIMK: III, Nr. 50.

¹¹⁰ DIMK: III, Nr. 50; ADAP: IV, Nr. 127.

¹¹¹ DIMK: III, Nr. 41. – In seiner Argumentation griff Ciano auf die Ereignisse vor dem Wiener Schiedsspruch zurück. Ribbentrop gab zur Wiedereingliederung der Städte Kaschau, Munkatsch und Ungvar ins ungarische Hoheitsgebiet nur unter der Voraussetzung seine Einwilligung, daß Italien sich verbürge, auf die Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze zu verzichten.

Mussolini vorstellig und versuchte – in Übereinstimmung mit der Auslegung des ungarischen Außenministeriums – den Eindruck zu erwecken, daß die deutsche Reichsregierung die geplante ungarische Aktion nicht zu verhindern beabsichtigte, sondern lediglich ihren Besorgnissen wegen Ungarns militärischen Fähigkeiten Ausdruck gab. Da die Lage in Ruthenien immer unhaltbarer werde, plane die Honvédarmee den Einmarsch innerhalb der nächsten 24 Stunden. Mussolini bot der ungarischen Regierung zur Unterstützung der militärischen Operation 100 Flugzeuge an, die jedoch wegen der schlechten Witterungsverhältnisse nicht starten konnten. Als Ciano über das Gespräch Mussolinis mit dem ungarischen Militärattaché informiert wurde, rief er zusammen mit dem italienischen Botschafter in Berlin, Attolico, Ribbentrop an, der ihnen am Nachmittag des 20. November 1938 die von Hitler autorisierte Antwort übermittelte, »die deutsche Regierung sei über die Auslegung ihrer Antwort außerordentlich überrascht [...]. Der Führer sei der Auffassung, daß eine ungarische Besetzung der Karpaten-Ukraine eine Blamage für die Achsenmächte darstellen würde, deren Schiedsspruch Ungarn vor drei Wochen bedingungslos angenommen habe. Ungarn treibe ein leichtsinniges Spiel. Falls es jetzt militärisch eingreife, trage es die volle Verantwortung für die möglichen Folgen [...]«.¹¹²

Am Nachmittag des 21. November überreichten der deutsche Gesandte in Budapest, Otto von Erdmannsdorff, sowie sein italienischer Amtskollege, Graf Da Vinci, im ungarischen Außenministerium eine *Démarche* gleichen Inhalts. Hierin legten die zwei Achsenmächte gegen den geplanten Einmarsch ihr Veto ein und betonten, daß für die Folgen Ungarn die Verantwortung allein zu tragen habe.¹¹³ Die deutsch-italienische *Démarche* wirkte wie eine Bombe, ihre Wirkung kam einem Zusammenbruch der ungarischen diplomatischen Bemühungen um die Wiederherstellung der gemeinsamen Grenze mit Polen gleich. Als die Note eingetroffen war, wollte Verteidigungsminister Bartha trotzdem marschieren, der Generalstabschef der Armee, Henrik Werth, war jedoch nicht geneigt, die ungarische Armee gegen den Willen des Deutschen Reiches in ein Abenteuer mit unsicherem Ausgang zu stürzen.¹¹⁴ Die Operation mußte abgeblasen werden.

Wahrscheinlich dürfte Hoensch Recht haben, wenn er feststellt, daß beim Verzicht auf den Einmarsch auch die rumänische Haltung mitbestimmend war. Comène drohte die Mobilisierung und den Einmarsch rumänischer Truppen an für den Fall, daß die Regierung Imrédy trotz des deutschen Vetos die Besetzung Rutheniens anordnen würde.¹¹⁵ Wenn der deutsch-italienische Einspruch für Ungarn ein Fiasko war, so war er für Polen beinahe verhängnisvoll. Mit ihrem Veto setzten die Deutschen einen Felsen auf den Weg, der nach dem Willen Becks zum »Dritten Europa« hätte führen sollen. Zudem stellte der Ausbau Rutheniens zu einem ukrainischen Piemont für Polen eine Gefahr dar, da die östliche Hälfte der Republik von einer stark nationalistisch gesinnten ukrainischen Minderheit von

¹¹² ADAP: II, Nr. 128.

¹¹³ ADAP: II, Nr. 132; DIMK: III, Nr. 58f.

¹¹⁴ MACARTNEY: October, I, 314.

¹¹⁵ HOENSCH: Revisionismus, 227.

6,5 Millionen bewohnt war. Beim deutschen Veto dürfte die ablehnende Haltung Becks in der Frage Danzigs und des Korridors eine Rolle gespielt haben.¹¹⁶ Die Deutschen wußten genau, daß die ukrainische Frage Polens Achillesferse war.

Ungarns Verzicht auf den Einmarsch führte zu einer zeitweiligen Abkühlung der polnisch-ungarischen Beziehungen.¹¹⁷ Beck machte das »feige Verhalten der Ungarn« für das Scheitern des Anschlusses Rutheniens verantwortlich.¹¹⁸

Die Realisierung der Konzeption Becks, der Achse Rom – Warschau, wurde von Tag zu Tag unwahrscheinlicher: Die ungünstige strategische Lage Polens, die Schwäche Ungarns, der Auflösungsprozeß in der Č-SR, das teilweise feindselige Verhalten Rumäniens, das Zögern Italiens, das Desinteresse Englands und Frankreichs erlaubten es Hitler, die Verwirklichung der Pläne zu verhindern.

Ungarns Annäherung an die Achse

Bereits am Tag der Überreichung der deutsch-italienischen Démarche in Budapest hat Kánya angedeutet, daß Ungarn in Zukunft bereit sein werde, mit der Achse Berlin – Rom enger zusammenzuarbeiten. Intensiviert wurde diese Annäherung nach der Abdankung Kányas und der Ernennung Graf Csákys zu seinem Nachfolger am 10. Dezember 1938. Am 18. Dezember, in seiner ersten Rede vor dem ungarischen Abgeordnetenhaus, zeichnete Csáky die Grundzüge der neuen ungarischen Außenpolitik in der Hoffnung auf, dadurch die deutschen und italienischen Vorbehalte gegen einen Einmarsch in Ruthenien abbauen zu können. Er deutete den Beitritt Ungarns zum Antikomintern-Pakt und den Austritt des Landes aus dem Völkerbund an.¹¹⁹ Diese vorerst noch vagen Vorhaben wurden in den folgenden vier Tagen, als der italienische Außenminister, Graf Ciano, sich zur Jagd in Ungarn aufhielt, präzisiert. Ungeachtet dieser neuen, auf die Achse ausgerichteten Außenpolitik gaben Imrédy und Csáky während ihrer mit Ciano geführten Gespräche ganz offen ihrer Angst vor der zunehmenden Macht Deutschlands Ausdruck.¹²⁰

Die Hervorhebung der »Achsenpolitik« Ungarns durch den neuen Außenminister bedeutete noch keineswegs, daß die ungarische Regierung ihre bisherige polenfreundliche Außenpolitik aufgegeben hätte. Zwar löste die Absage der mit Polen vereinbarten Einverleibung Rutheniens in das ungarische Hoheitsgebiet in Warschau eine gewisse Mißstimmung aus und die oppositionelle Presse Polens

¹¹⁶ ADAP: V, Nr. 101f.; Roos 376-387. Anlässlich eines am 24. Oktober mit dem polnischen Botschafter in Berlin, Józef Lipski, geführten Gesprächs über die Zukunft Rutheniens warf Ribbentrop ein Problem auf, das seit 1934 als Tabu gegolten hatte. Er verlangte die Rückgliederung Danzigs in das Deutsche Reichsgebiet und den Bau einer extraterritorialen Strada durch den Korridor. Sein Vorstoß wurde von Beck am 19. November brüsk abgelehnt.

¹¹⁷ DIMK: III, Nr. 65, 74, 78-80.

¹¹⁸ SZEMBÉK 378.

¹¹⁹ MACARTNEY: October, I, 316f.

¹²⁰ Ebenda, 318

richtete scharfe Angriffe gegen die passive ungarische Außenpolitik. Ungarn wurde wegen seiner Kapitulation vor dem deutschen Druck des öfteren gerügt.¹²¹ Ungeachtet dessen waren die offiziellen Beziehungen der zwei Staaten sehr gut, auch wenn die euphorische Stimmung des Herbstes 1938 nicht mehr zurückkehrte. Am 15. Dezember 1938 fuhr der Führer der ungarischen Volksgruppe in der Slowakei, Esterházy, erneut nach Warschau zu Beck und Szembek. Während seiner Gespräche setzte er in Aussicht, daß die ungarische Regierung im Laufe der folgenden Monate eine gut koordinierte Aktion zur Eingliederung Rutheniens durchführen werde. Dieser Plan werde generalstabsmäßig vorbereitet werden.¹²²

Polen war wegen der Entwicklung in der Karpato-Ukraine nicht ohne Grund äußerst beunruhigt. Am 7. Dezember unterzeichneten das Deutsche Reich und die ruthenische Landesregierung ein Wirtschaftsabkommen, in dem von deutscher Seite Lieferungen von Material zur Errichtung industrieller Anlagen und der Erschließung des Waldbesitzes im Austausch für Naturprodukte zugesagt wurden. Darüber hinaus wurde die gesamte Erforschung der Karpato-Ukraine nach Bodenschätzen deutschen Gesellschaften übertragen.¹²³

Am 5. Januar 1939 stattete Beck bei Hitler einen inoffiziellen Besuch in Berchtesgaden ab. Am folgenden Tag konferierte er mit Ribbentrop in München. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten konnten zwar nicht ausgeräumt werden, der Reichsaußenminister wurde aber zu einem offiziellen Besuch nach Warschau eingeladen.¹²⁴ Der ruthenischen Frage wurde eine ebenso große Bedeutung eingeräumt wie dem Problem Danzig und der Autobahn durch den Korridor.¹²⁵ Trotz der in freundschaftlicher Atmosphäre geführten Verhandlungen konnte eine Annäherung in den offenen Fragen nicht erzielt werden. Bei der immer noch vorhandenen Verärgerung Hitlers über das ungarische Verhalten im Herbst 1938 war mit einer, die Karpato-Ukraine betreffenden, großzügigen deutschen Geste noch nicht zu rechnen.¹²⁶

Auch die Verhandlungen des neuen ungarischen Außenministers, Graf Csáky, mit dem Führer und dem Reichsaußenminister begannen in einer eher frostigen Atmosphäre. Hitler las Csáky die Leviten wegen der »schlappen Haltung« seines Vorgängers Kánya im September 1938. Erboost war der »Führer« wegen eines Artikels des ungarischen Staatsmannes Graf Bethlen in der Neujahrsnummer der liberalen Tageszeitung »Pesti Napló«. Der ehemalige Regierungschef kritisierte in diesem Artikel den auf ethnisch-völkischem Prinzip beruhenden Wiener Schiedsspruch, brach eine Lanze für die historischen Rechte der Stephanskronen und betonte, daß eine dauerhafte Freundschaft zwischen Ungarn und Deutschland nur

¹²¹ DIMK: III, Nr. 126-128, 130, 172.

¹²² HOENSCH: Revisionismus, 231.

¹²³ Ebenda, 232.

¹²⁴ ADAP:V, Nr. 115.

¹²⁵ ADAP:V, Nr. 127.

¹²⁶ Roos 392-397.

möglich sei, wenn die führenden Männer des Dritten Reiches Ungarns historische Rechte achteten.¹²⁷

Im späteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Atmosphäre etwas freundlicher, insbesondere als Csáky nunmehr in konkreter Form den Beitritt Ungarns zum Antikomintern-Pakt anmeldete. Als Folge von Csákys Entgegenkommen geriet Hitler in eine »gnädigere« Verfassung und deutete das erste Mal seine Bereitschaft an, bezüglich der Tschecho-Slowakei eine »politisch-territoriale Lösung« anzustreben und Polen und Ungarn sich daran beteiligen zu lassen: »Man müsse wie eine Fußballmannschaft zusammenarbeiten, Polen, Ungarn und Deutschland möglichst ökonomisch, ohne Krise und blitzartig«. Verbindliche Zusagen über den Zeitpunkt des allfälligen Einmarsches in Ruthenien konnte Csáky den Andeutungen Hitlers nicht entnehmen.¹²⁸ Wahrscheinlich wollte der Führer sich solange nicht festlegen, bis das Ergebnis des auf Ende Januar festgesetzten Besuchs Ribbentrops in Warschau und die mit Polen angestrebte »Globallösung« nicht feststanden. Csáky war mit seinen Verhandlungen in Deutschland dermaßen zufrieden, daß er nach seiner Rückkehr im ungarischen Parlament die nachträglich sehr unrealistisch klingende Prophezeiung aussprach, daß seines Erachtens die Achse in Europa während des folgenden Vierteljahrhunderts eine dominierende Stellung einnehmen und Ungarn im Bündnis mit den Achsenmächten »zur alten Größe in seinen historischen Grenzen aufsteigen werde«.¹²⁹

Wollte Csáky, der ambitionöse neue Außenminister, mit dieser euphorischen achsenfreundlichen Rede gleichzeitig markieren, daß Ungarn von der von seinem Vorgänger Kánya so subtil verfolgten Politik des »Dritten Europa«, des Blocks Warschau – Budapest – Belgrad – Rom bereits abgewichen war? Es wäre zu simplifizierend, diese Frage mit einem eindeutigen Ja oder Nein zu beantworten. Obwohl Csáky – wie erwähnt – von der langfristig dominierenden Stellung des Deutschen Reiches in Ost-Mitteleuropa zutiefst überzeugt war, widmete er einen Teil seiner parlamentarischen Rede der traditionellen Freundschaft mit Polen. Dies war auch selbstverständlich. Schließlich war ja Polen nicht nur mit Ungarn befreundet, sondern auch mit Italien und Deutschland. Die ersten Risse in der deutsch-polnischen Freundschaft begannen zwar für die Eingeweihten sichtbar zu werden, die breite Öffentlichkeit wußte aber noch nichts von dem sich anbahnenden Konflikt, der im September desselben Jahres zum Auslöser der großen Katastrophe wurde. Becks anscheinend freundliche Gespräche mit Hitler in Berchtesgaden und der Ende Januar 1939 erwartete Besuch Ribbentrops in Warschau vermochten die sich vertiefenden Gegensätze noch für eine Weile zu übertünchen.

¹²⁷ Dieser Artikel veranlaßte Hitler, am 27. Januar 1939 in der »Deutschen Diplomatischen Korrespondenz« eine gegen die ungarische Staatsidee gerichtete Stellungnahme zu veröffentlichen.

¹²⁸ Aufzeichnungen des Legationsrates Hewel über die Beratungen des Grafen Csáky mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister vom 16. Januar 1939 in ADAP: V, Nr. 303, 308; RÁNKI – PAMLÉNYI – TILKOVSKY – JUHÁSZ 342-346; HOENSCH: Revisionismus, 238-240; MACARTNEY: October, I, 319-322.

¹²⁹ »Pester Lloyd«, 27. Januar 1939, zitiert von HOENSCH: Revisionismus, 239f.

Darüber hinaus darf man nicht vergessen: zwar mehrten sich um die Jahreswende 1938/1939 die Deutschland gegenüber unfreundlichen Pressestimmen in England und in den Vereinigten Staaten. Die Weltöffentlichkeit war durch die Brutalität der »Reichskristallnacht« vom 9. November aufgerüttelt worden. Hitlers zügellose Angriffe gegen Mitglieder des englischen Parlaments, gegen Churchill, Duff-Cooper, Eden und Amery wirkten in England sehr kontraproduktiv. Gute Indizien für den langsam einsetzenden Stimmungswechsel in England bieten die Meldungen des ungarischen Gesandten Barcza im Dezember 1938, denen entnommen werden kann, daß selbst Chamberlain sich veranlaßt fühlte, die deutsche Reichsregierung offen und scharf zu kritisieren.¹³⁰ Trotz der sich verdüsternden internationalen Atmosphäre herrschte aber zu Beginn des Jahres 1939 in Europa noch keine »Krieg-in-Sicht«-Psychose.

Der am 25. Januar 1939 mit großem Gefolge in Warschau eintreffende Ribbentrop wurde von Beck und den polnischen Staatsmännern mit Pomp empfangen. Die zum 5. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Freundschaftspaktes gehaltenen Festreden konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß weder in der Frage Danzigs noch in bezug auf die Autobahn durch den Korridor eine Einigung erzielt werden konnte. Beck, Mościcki und Marschall Rydz-Śmigły beharrten auf ihrer Ablehnung der deutschen Vorschläge und waren nur zu einem deutsch-polnischen Kondominium in Danzig und zur Erstellung einer *nicht exterritorialen* Verkehrsverbindung durch den Korridor bereit. Einen Beitritt zum Antikomintern-Pakt lehnten sie eindeutig ab.¹³¹ Ribbentrop mußte mit leeren Händen nach Berlin zurückfahren. Der stille Nervenkrieg zwischen Polen und Deutschland – der seit März 1939, seit der Chamberlain-Garantie, mit schrillen Tönen ausgefochten wurde – hatte begonnen.

Die polnische Staatsführung war besorgt wegen der deutschen Forderungen, insbesondere da Ribbentrop darüber hinaus einen Antrag unterbreitete, ein gegen die Sowjetunion gerichtetes deutsch-polnisches Bündnis zu schließen. Die Annahme dieses deutschen Angebotes hätte das Ende der Konzeption Becks über das »Dritte Europa« zur Folge gehabt. Polen wäre Deutschland gegenüber in ein untergeordnetes Verhältnis geraten. Obwohl in der polnischen Öffentlichkeit seit dem Zurückweichen Ungarns vor dem deutschen Ultimatum eine nicht nur unterschwellige ungarnefeindliche Stimmung zu vermerken war,¹³² hielt Beck an seinem magyrophilen Kurs noch immer fest. Er ließ in Budapest wissen, die täglich zunehmenden Unruhen in Ruthenien erlaubten keinen Aufschub des Einmarsches mehr. Noch vor dem Ribbentrop-Besuch in Warschau empfing Csáky den polnischen Gesandten Orłowski am 23. Januar zu einer *tour d'horizon*. Orłowski deutete im Namen seiner Regierung an, daß Polen je früher desto lieber zu einer angemessenen Unterstützung der ungarischen Aktion bereit sei. Gleichzeitig hatte der ungarische Gesandte in Berlin, Sztójay, seinem polnischen Kollegen Lipski bekanntgegeben, Hitler hege die Auffassung, daß die ungarische Besetzung Ru-

¹³⁰ DIMK: III, Nr. 141f., 146.

¹³¹ BECK 184; SZEMBEK 413.

¹³² Vgl. die Berichte des ungarischen Gesandten Hory in DIMK: III, Nr. 300, 320.

theniens ohne die Beteiligung Polens undurchführbar wäre.¹³³ Am selben Tag gab Beck im polnischen Sejm – auf eine Interpellation antwortend – folgende Erklärung ab: »Würde die ungarische Regierung in bezug auf dieses Problem [die Besetzung Rutheniens] aktiv auftreten, so könnte sie jederzeit mit der wohlwollenden Unterstützung der polnischen Regierung in dieser Angelegenheit rechnen.«¹³⁴

Inzwischen verschlechterte sich die Situation in Ruthenien zusehends. Ukrainische Sič-Garden, deutsche Agenten, polnische und ungarische Freischärler führten Sabotage-Aktionen durch und lieferten sich ab und zu kleinere Gefechte. Die Prager Zentralregierung ernannte Mitte Januar den angesehenen General Lev Prchala zum Innenminister der Karpato-Ukraine. Prchala traf mit Hilfe des in der Provinz anwesenden tschechischen Militärs Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die von der Regierung Vološyn auf den 12. Februar ausgeschriebenen Wahlen verliefen in Ruhe und Ordnung. Zu den Wahlen wurde allerdings nur die Einheitspartei Vološyns zugelassen, die 92 % der Stimmen erhielt. Die Karpato-Ukraine war auf dem Weg zum Totalitarismus.

Der Einmarsch der Ungarn in Ruthenien und die Wiederherstellung der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze

Inzwischen kam es in Ungarn zu einer bedeutenden Wende. Am 15. Februar 1939 teilte die ungarische Nachrichtenagentur MTI mit, daß Horthy die Abdankung des Ministerpräsidenten Béla Imrédy angenommen und Graf Pál Teleki zum neuen Regierungschef ernannt habe. Der Regierungswechsel hatte innenpolitische Gründe, übte aber einen bedeutenden Einfluß auf die ungarische Außenpolitik aus.¹³⁵

Der neue Ministerpräsident, Professor der Wirtschaftsgeographie, Delegierter bei der Friedenskonferenz im Jahre 1919, seit Mai 1938 Kultusminister, war ein nüchterner, rechtskonservativer, christlicher Politiker. Teleki war weder ein fanatischer Nationalist noch ein welfremder Professor. Er war von der geheimen Hoffnung beseelt, daß in einem – seines Erachtens unvermeidbaren – Krieg zwischen dem Dritten Reich und den großen Demokratien des Westens schließlich England, Frankreich und die Vereinigten Staaten den Sieg davontragen würden. Sein persönlicher Freund, der englische Historiker C. A. Macartney, cha-

¹³³ Roos 241.

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ Der im Mai 1938 als Nachfolger Darányis zum Regierungschef ernannte Imrédy verfolgte vorerst eine ausgewogene liberal-konservative Innenpolitik und eine unabhängige Außenpolitik. Erst nach seinem innenpolitischen Wechsel zum Rechtsradikalismus wurde er ein bedingungsloser Anhänger des Dritten Reiches. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie des Schicksals, daß Imrédy, der Schöpfer des auf rassistischen Prinzipien beruhenden »Judengesetzes«, zurücktreten mußte, als allgemein bekannt wurde, seine Urgroßmutter sei eine Jüdin gewesen.

rakterisiert ihn wie folgt: »In many respects he was the best man whom Hungary could have chosen to guide her through the crisis now so fast approaching.«¹³⁶

Wie erwähnt, war Teleki Wirtschaftsgeograph und dachte in geopolitischen Kategorien. Für ihn war die Wiedereingliederung des ruthenischen Bergstreifens vor allem eine wirtschaftsgeographische Frage. Er vertrat die Auffassung, die Beherrschung des Quellengebietes und des Oberlaufs der Theiß mit den großen Wäldungen und den noch unerschlossenen Erz- und Mineralvorkommen sei für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Ungarns notwendig. Gleichzeitig sah er in Ruthenien das notwendige Bindeglied einer – dem Konzept Becks eines »Dritten Europa« entsprechenden – »Nord-Süd-Achse«, für deren Zustandekommen er auch eine politische Annäherung an Jugoslawien und Rumänien in Kauf zu nehmen bereit war, ohne sich dabei offen gegen das zu jener Zeit mächtige und dominierende Deutsche Reich zu wenden.

Kurz nach seinem Regierungsantritt ließ Teleki eine umfangreiche Dokumentation zusammenstellen, in welcher er die Aufmerksamkeit der deutschen, englischen, französischen und italienischen Regierungen darauf zu lenken suchte, daß die Wiedereingliederung Rutheniens für die Lebensfähigkeit Ungarns unentbehrlich sei. Gleichzeitig wandte sich Reichsverweser Horthy mit einem persönlichen Schreiben an Beck. Er bat den polnischen Außenminister, er möge anlässlich seines für April geplanten Besuchs in London Lord Halifax in Erinnerung rufen, wie lebenswichtig die Rückkehr Rutheniens für Ungarn sei.¹³⁷

Seit dem Regierungsantritt Telekis hatten sich die internationalen Voraussetzungen für die Eingliederung Rutheniens verbessert. Am 17. Februar erklärte im Unterhaus der Unterstaatssekretär des britischen Außenministeriums, Butler, seiner Meinung nach stelle der seinerzeitige Einspruch der britischen und französischen Regierung gegen das Projekt der polnisch-ungarischen Grenze,¹³⁸ durch die Hitler der Weg in die Ukraine und zu den rumänischen Ölfeldern verbaut worden wäre, einen schweren Fehler dar. Selbst Staatssekretär Sir Alexander Cadogan teilte diese Ansicht und äußerte Barcza gegenüber, daß die bisherige Regelung dieser Frage für England unbefriedigend und noch nicht endgültig sei.¹³⁹

Auch in Rumänien hatte sich ein Sinneswandel vollzogen. Der Nachfolger Comnènes, der neue Außenminister Grigore Gafencu hatte dem deutschen Gesandten in Bukarest, Fabricius, zu verstehen gegeben, daß Rumäniens Interesse am Verbleib der Karpato-Ukraine bei der Č-SR abzunehmen beginne.¹⁴⁰ Auch hat Gafencu in Budapest wissen lassen, er habe nichts gegen die Einverleibung Rutheniens einzuwenden, wenn Rumänien die Osthälfte erhalten könnte. Als Csáky diese Forderung ablehnte, versuchte Gafencu während seines Besuchs bei Beck am 5./6. März 1939, die Gemeinden östlich der Linie Körösmező (Jasiña) – Lonka

¹³⁶ MACARTNEY: October, I, 224.

¹³⁷ ÁDÁM: A kisantant, 363; JUHÁSZ 194f.; MACARTNEY: October, I, 330.

¹³⁸ MACARTNEY: October, I, 333, Anm. 4.

¹³⁹ MACARTNEY: October, I, 333.

¹⁴⁰ ADAP: V, Nr. 289.

für Rumänien zu erhalten. Als Beck in diesem Sinne vermitteln wollte, wich Csáky einer deutlichen Stellungnahme aus.¹⁴¹

Als die Unruhen in Ruthenien zunahmen und sich auf die Slowakei ausbreiteten, verhängte der tschecho-slowakische Staatspräsident Emil Hácha am 10. März das Standrecht, entthob die Regierung Tiso ihres Amtes und ernannte Karol Sidor zum neuen Chef der slowakischen Landesregierung. Da es offenbar war, daß die slowakische Unabhängigkeitsbestrebung vom Dritten Reich unterstützt wurde und eine neue Staatskrise der Č-SR bevorstand, rief Teleki noch am selben Tag einen außerordentlichen Ministerrat ein. Es wurde beschlossen, daß die ungarische Honvéd-Armee auch in dem Fall in Ruthenien einmarschiere, wenn die Deutschen damit nicht einverstanden wären. Über diesen Beschluß wurde am folgenden Tag auch die italienische Regierung in Kenntnis gesetzt.¹⁴² Am 11. März wurden durch die Post die ersten Einberufungsbefehle zugestellt und unter strikter Geheimhaltung Maßnahmen eingeleitet, um die Armee in Bereitschaft zu setzen.

Am 11. März besuchte der ungarische Gesandte in Rom, Villani, Außenminister Ciano, um ihm mitzuteilen, daß, wenn die Deutschen in Böhmen, Mähren und in der Slowakei vorrücken sollten, die Ungarn die gemeinsame Grenze mit Polen herstellen würden. Ciano, der von den Deutschen nicht informiert worden war, mahnte noch immer »zur Ruhe«.¹⁴³

Die Reichsregierung informierte die ungarische Regierung über ihre Absichten erst am 13. März. Im Auftrag des Reichsaußenministers flogen der ungarische Gesandte in Berlin, Sztójay, und Legationsrat Altenburg nach Budapest, um bekannt zu geben, daß die Slowakei am folgenden Tag ihre Unabhängigkeit proklamieren und das Gebilde der Tschecho-Slowakei auseinanderbrechen werde. Darüber hinaus teilte Altenburg mit, daß die Reichsregierung gegen eine Besetzung Rutheniens durch ungarische Truppen keinen Einspruch erheben werde.¹⁴⁴ Diese Nachricht traf die führenden Kreise Ungarns im Grunde unvorbereitet. Generalstabschef Werth äußerte sogar Bedenken, ob die militärische Aktion innerhalb einer Woche durchführbar sei.¹⁴⁵ Als Altenburg den Reichsaußenminister über das Zögern der Ungarn orientierte, soll Ribbentrop nicht ohne Verärgerung gesagt haben: »Sagen Sie den Ungarn, daß ihnen die Felle wegschwimmen, wenn sie nicht in

¹⁴¹ MACARTNEY: October, I, 334.

¹⁴² ÁDÁM: A kisantant, 368f.; CIANO: Tagebücher 1939-1943, 51; MACARTNEY: October, I, 334, Anm. 7. – HOENSCH: Revisionismus, 257f. bezweifelt diese Version. Im Gegensatz zu den zitierten Autoren glaubt er nicht daran, daß die ungarische Regierung auch dann Ruthenien besetzt hätte, wenn die Deutschen damit nicht einverstanden gewesen wären. Seine Argumentation untermauert er aber nicht mit »facts« – im Gegensatz zu MACARTNEY, der mit vielen der aktiven Teilnehmer persönlich gesprochen hat – und sie überzeugt auch nicht.

¹⁴³ CIANO: Tagebücher 1939-1943, 51.

¹⁴⁴ Das deutsche »Einverständnis« war nur in ganz engem Kreis bekannt. Als Hory in Warschau, Villani in Rom und Barcza in London den ungarischen Einmarsch bekanntgaben, waren sie davon überzeugt, daß der Einmarsch in Ruthenien ohne deutsche Zustimmung erfolgte.

¹⁴⁵ ADAP: IV, Nr. 198.

kürzester Zeit einmarschieren«. ¹⁴⁶ Es war letzten Endes die politische Führung Ungarns, die den hastig durchgeführten Einmarsch anordnete. ¹⁴⁷

Die Ereignisse folgten mit Rasanz aufeinander. Am 14. März 1939 proklamierte der slowakische Landtag die Unabhängigkeit des Landes und stellte die Slowakei gleichzeitig unter den Schutz des Deutschen Reiches. Nachdem die Wehrmacht am 15. März 1939 in Prag einmarschiert und Hitler Böhmen und Mähren als »Protektorat« ins Deutsche Reich einverleibt hatte, erschienen die ersten deutschen Einheiten am 16. März auch in der Westslowakei, westlich der Waag. Gerüchte zirkulierten, wonach die deutschen Truppen gegen die Ostslowakei, gegen Eperies (Prešov, Eperjes) vordrangen, um Ungarn und Polen einzuschüchtern. ¹⁴⁸ Der hastig und improvisiert durchgeführte Einmarsch der Ungarn in Ruthenien dürfte teilweise auf diese Gerüchte und den prononciert prodeutschen Kurs der slowakischen Staatsführung zurückzuführen sein.

Auch Vološyn proklamierte am 14. März 1939 die Unabhängigkeit der Karpato-Ukraine und bat ebenfalls um deutschen Schutz. Sein Ersuchen blieb aber in Berlin unerhört. ¹⁴⁹ Nach einigen Grenzzwischenfällen marschierte die ungarische Armee in den Morgenstunden des 15. März ein. Am 17. März erreichte sie die polnische Grenze. Offiziere und Soldaten der zwei befreundeten Armeen ließen sich zu einer Siegesbegeisterung hinreißen.

Ungeachtet der Euphorie der polnischen und ungarischen Öffentlichkeit kam es zur Mißstimmung zwischen den zwei Staatsführungen. Beck versuchte die Ungarn zu überreden, die östlich der Linie Körösmező (Jasiña) – Lonka liegenden Dörfer Rutheniens den Rumänen zu überlassen. Dafür hätte die ungarische Öffentlichkeit kaum Verständnis gehabt, so daß Csáky die von Polen unterstützten rumänischen Forderungen schroff ablehnte. Nach einem regen Notenwechsel verzichtete Rumänien auf seine Forderungen, wodurch auch das gute Einvernehmen zwischen Ungarn und Polen wiederhergestellt werden konnte. ¹⁵⁰

Zu blutigen Zwischenfällen kam es zwischen der Honvéd und einigen slowakischen Einheiten, da die Ungarn auch einige von Ruthenen bewohnte Dörfer der Ostslowakei besetzten. Diese Dörfer waren in den 30er Jahren durch eine von Beneš durchgeführte Gebietsreform an die Slowakei abgetreten worden. Die ungarisch-slowakische Grenze wurde erst durch ein am 4. April 1939 in Budapest unterzeichnetes Grenzabkommen endgültig festgelegt. ¹⁵¹ Die Reichsregierung kam

¹⁴⁶ MACARTNEY: October, I, 336, Anm. 5.

¹⁴⁷ Eßenda, 336.

¹⁴⁸ Vgl. Szembeks Unterhaltung in Rom mit Villani am 16. März 1939, SZEMBEK 429f.

¹⁴⁹ Wahrscheinlich hat Hitler zu jener Zeit die Hoffnung noch nicht aufgegeben, mit Polen im Rahmen einer »Globallösung« ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Bündnis eingehen zu können. Deshalb gab er – im Gegensatz zu seinem Veto im November 1938 – seine »Zustimmung« zum ungarischen Einmarsch.

¹⁵⁰ HOENSCH: Revisionismus, 264ff.; MACARTNEY: October, I, 339f.

¹⁵¹ HOENSCH: Revisionismus, 269ff.; MACARTNEY: October, I, 341f.

übrigens dem slowakischen Gesuch, die Slowakei unter deutschen Schutz zu nehmen, erst am 23. März 1939 nach.¹⁵²

Hoensch tadelt die ungarischen Staatsmänner und urteilt über sie wie folgt: »Horthy, Teleki und Csáky, die wie die Mehrheit ihrer Landsleute allein in historisch-geographischen Kategorien dachten und von dem ihrem Land in Trianon zugefügten Unrecht ebenso wie von der Notwendigkeit überzeugt waren, Ungarn in den Grenzen der Heiligen Stephanskrone restaurieren zu müssen oder dem nationalen Untergang geweiht zu sein, schlossen sich als gefügige Werkzeuge dem rechtlosen Vorgehen Hitlers an und luden sich einen Teil der Verantwortung dafür mit auf.«¹⁵³ Dieser Standpunkt kann nicht als stichhaltig betrachtet werden:

– Nach der von Deutschland inspirierten Proklamierung der slowakischen Unabhängigkeit hat die Tschecho-Slowakei – völkerrechtlich betrachtet – aufgehört zu existieren. Ungarn hat deshalb am 15. März 1939 *nicht die Tschecho-Slowakei* angegriffen, sondern eine kleine Provinz besetzt, die tausend Jahre hindurch einen integralen Teil des ungarischen Königreichs bildete. Tatsache ist, daß sich in dieser kleinen Provinz als Folge der von Vološyn proklamierten Unabhängigkeitserklärung ein Staatswesen in statu nascendi befand.¹⁵⁴ Ohne gute Eisenbahn- und Straßenverbindungen wäre dieses Staatswesen kaum lebensfähig gewesen. Im Falle ungarischer Passivität hätten Polen oder Rumänien die Karpato-Ukraine besetzt. Und hätte sich jeder Nachbarstaat passiv verhalten, so wäre ein unter deutschem Protektorat stehender ukrainischer Nationalstaat entstanden mit einer Einheitspartei, der Sič-Garde, und mit betont totalitärem Charakter. Im Vergleich zu dieser Alternative war die Eingliederung ins rechtskonservativ geprägte, aber noch immer konstitutionell regierte Königreich Ungarn die bessere Lösung. Im Herbst 1939 fanden immerhin 140.000 Polen dank dieser gemeinsamen Grenze den Fluchtweg nach Ungarn oder in den Westen. Ein unter deutschem Protektorat stehender Satellitenstaat hätte die fliehenden Polen nicht durchgelassen oder sie den Nationalsozialisten ausgeliefert.

– Die tschechische Herrschaft in Ruthenien war von vornherein fragwürdig. Der Beschluß des nicht repräsentativen ruthenischen Nationalrates vom 8. Mai 1919, der die Eingliederung in die Tschechoslowakei proklamiert hatte,¹⁵⁵ erfolgte in Anwesenheit und unter dem Druck der Tschechischen Legion. Die Tschechoslowakei hat sich diese Provinz aus strategischen Gründen einverleibt.¹⁵⁶

¹⁵² Obwohl die offizielle Ablehnung der deutschen »Globalforderungen« seitens der polnischen Regierung erst am 26. März 1939 erfolgte, zeichneten sich die Konturen des verhängnisvollen deutsch-polnischen Konfliktes bereits früher ab. Bis zum 23. März schien jedoch Hitler die Hoffnung gehegt zu haben, daß es doch noch zu dem von ihm angestrebten deutsch-polnischen Bündnisvertrag kam.

Für diesen Fall sah er die Aufteilung der Slowakei zwischen Deutschland, Polen und Ungarn vor.

¹⁵³ HOENSCH: Revisionismus, 258f.

¹⁵⁴ WINCH 236ff.

¹⁵⁵ ZLEPKO 17.

¹⁵⁶ Auf der Versailler Friedenskonferenz im Jahre 1919 forderte Beneš die Einverleibung Rutheniens mit dem Argument, die Tschechoslowakei müsse eine gemeinsame Grenze mit Rumänien haben.

– Die letzte freie tschechische Regierung vor dem Einmarsch Hitlers, die Regierung Beran, hat noch im Februar 1939 im Einvernehmen mit der slowakischen Landesregierung Verhandlungen in die Wege geleitet, um diese Provinz – allerdings gegen territoriale Gegenleistungen – an Ungarn abzutreten. Nach dem Zweiten Weltkrieg, am 29. Juni 1945, hat die Nationalversammlung der Tschechoslowakei auf Anregung von Staatspräsident Beneš – selbstverständlich unter dem Druck Stalins – einstimmig der Abtretung dieser Provinz an die Sowjetunion zugestimmt. Sie bildete keinen wesentlichen Teil des tschechoslowakischen Staatsverbandes.

Im Gegensatz zu Hitlers Einmarsch in Böhmen und Mähren, der weltweit eine Empörungswelle ausgelöst und zur Wende in der englischen Außenpolitik geführt hatte, wurde die Wiedereingliederung Rutheniens ins Ungarische Königreich von der westlichen Öffentlichkeit eher wohlwollend zur Kenntnis genommen. Als der ungarische Gesandte in London, Barcza, Staatssekretär Cadogan über den Einmarsch orientiert hatte, bemerkte der Engländer, es freue ihn, daß Ruthenien in ungarische und nicht in deutsche Hände gefallen sei.¹⁵⁷ Als Barczas Amtskollege in Frankreich, Khuen-Héderváry, den französischen Außenminister Georges Bonnet über die Wiedereingliederung Rutheniens informiert hatte, gratulierte ihm Bonnet und wertete die Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze vom Gesichtspunkt der Westmächte aus als ein günstig zu betrachtendes Ereignis.¹⁵⁸ Ein großer Teil der Weltöffentlichkeit war der Meinung, Deutschland hätte durch die Herstellung der polnisch-ungarischen Grenze eine diplomatische Niederlage erlitten.

Schlußwort

Mit dem Einmarsch der ungarischen Armee in Ruthenien und der Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze hatte Becks schillernde, sowohl großartige als auch visionär geplante Außenpolitik ihren letzten Triumph gefeiert. Für einige Tage konnte man sogar glauben, das »Dritte Europa« werde bald Wirklichkeit werden. Die Geschichte ist anders verlaufen. Hitlers unbefristetes Ultimatum an Polen, Becks Hinwendung zur englisch-französischen Allianz und Chamberlains Garantieerklärung vom 31. März 1939 haben in Europa eine völlig neue Situation geschaffen. Die seit dem Herbst 1938 unterschwellig brodelnde deutsch-polnische Spannung entfaltete sich zu einem offenen Konflikt, der als Folge des Hitler-Stalin-Paktes in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges mündete. Becks Vision des »Dritten Europa« ist im September 1939 auf den polnischen Schlachtfeldern untergegangen. Aus den Ruinen, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, ist nicht jenes unabhängige Polen auferstanden, für das Chamberlains England und Daladiers Frankreich in den Krieg gezogen sind. Nachkriegspolen wurde zu einem sowjetischen Satellitenstaat.

¹⁵⁷ MACARTNEY: October, I, 342.

¹⁵⁸ Ebenda.

Ungarn hat nach einer fünfjährigen Gnadenfrist – die der oft subtilen Schaukelpolitik ihrer wechselnden Regierungen zu verdanken war – dasselbe Schicksal erlitten. Nach einer blitzartigen deutschen Besetzung im Jahre 1944 ist es nach dem Krieg ebenfalls zu einer Provinz des russischen Imperiums herabgesunken.

Angesichts der tristen Gegenwart stellt sich unwillkürlich die Frage: Hat Becks Vision des »Dritten Europa« überhaupt eine Chance gehabt? »Wenn« und »Aber« bilden nicht den Gegenstand der Geschichtsforschung, die sich lediglich mit Tatsachen auseinandersetzen hat. Mit Tatsachen, die man erlebt hat, die geschehen sind. Kennedys einstiger historischer Berater, Arthur Schlesinger Junior, sagte einmal, die Geschichte sei die Summe von richtigen Kalkulationen beziehungsweise von Fehlleistungen jener Menschen, die vom Schicksal dazu verdammt worden sind, Staatsmänner zu werden. Józef Beck hat sicher falsch kalkuliert, als er dem Anschluß Österreichs passiv zugesehen hat. Auch die strategische Bedeutung des böhmisch-mährischen Beckens hat er nicht richtig eingeschätzt. Für das Scheitern seiner heroischen Anstrengungen, die er um die Jahreswende 1938-1939 für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts unternommen hat, trägt allerdings nicht er die Verantwortung. Im Einvernehmen mit seinen ungarischen Freunden versuchte er einen Schutzwall zu errichten, der sowohl der nationalsozialistischen als auch der bolschewistischen Expansion hätte Einhalt gebieten sollen. Die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze wäre nur ein Teil jenes Schutzwalls gewesen.

Im Herbst 1938 scheiterten jedoch alle Versuche, diesen Schutzwall aufzubauen. Mussolinis Opportunismus und seine Kapitulation vor Hitler sowie Rumäniens blinde Status-Quo-Politik haben zum Scheitern wesentlich beigetragen. Der Vorwurf kann aber auch den Staatsmännern der zwei großen westlichen Demokratien nicht erspart bleiben, die nach München – von einer schuldhaften Gleichgültigkeit motiviert – nichts unternommen haben, die Eindämmungspolitik Polens und seiner kleineren Verbündeten zu unterstützen. Die dramatische Wende, die Chamberlain im März 1939 vollzogen hat, verdient auch heute unsere Achtung. Dafür aber, daß diese Wende erst so spät erfolgte, tragen er und alle anderen führenden Männer Englands und Frankreichs die Verantwortung.

Schrifttum

- ADAP = AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK 1918-1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D, Bd. II, IV, V. Baden-Baden 1951-1955.
- ÁDÁM Magda: Magyarország és a kisantant a harmincas éveken [Ungarn und die Kleine Entente in den dreißiger Jahren]. Budapest 1968.
- DIES.: A kisantant 1918-1920 [Die Kleine Entente]. Budapest 1981.
- ÁDÁM Magda – JUHÁSZ Gyula – KERÉKES Lajos: Allianz Hitler – Horthy – Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik 1933 bis 1944. Budapest 1966.
- ALLARD Sven: Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930 bis 1941. Bern – München 1974.

- BATTAGLIA, Otto Forst de: *Zwischeneuropa. Von der Ostsee bis zur Adria. Teil I: Polen – Tschechoslowakei – Ungarn.* Düsseldorf 1954.
- BECK József: *Demier rapport. Politique polonaise 1926-1939.* Neuchâtel 1951.
- BENOIST-MÉCHIN Jacques: *Am Rande des Krieges 1938. Die Sudetenkrise.* Oldenburg – Hamburg 1967.
- BLASIUS Rainer H.: *Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Ernst von Weizsäcker in der Krise um die Tschechoslowakei und Polen.* Köln – Wien 1981.
- BONNET Georges: *Défense de la paix. De Washington à Quai d'Orsay.* Genève 1946.
- BULLITT O. H.: *For the President. Personal and Secret Correspondence between FDR and William C. Bullitt.* Boston 1972.
- BURCKHARDT Carl J.: *Meine Danziger Mission 1937-1939.* München 1960.
- CELOVSKY Boris: *Das Münchener Abkommen.* Stuttgart 1958.
- CHASZAR Edward: *Decision in Vienna. The Czechoslovak-Hungarian Border Dispute of 1938.* Astor (Florida) 1978.
- CHURCHILL Winston S.: *Der Zweite Weltkrieg. Bd. I. Buch 1-2.* Bern 1948.
- CIANO Galeazzo: *Tagebücher 1937-1938.* Hamburg 1949.
- DERS.: *Tagebücher 1939-1943.* Bern 1947.
- COULONDRE Robert: *De Staline à Hitler.* Paris 1950.
- CZETTLER Anton: *Ungarns Weg zum ersten Wiener Schiedsspruch. Die ungarische Außenpolitik während und nach der Sudetenkrise 1938.* In: *Ungarn-Jahrbuch 16 (1988) S. 82-156.*
- DBFP = DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY 1919-1939. Third Series, Vol. III., ed. by E. L. WOODWARD and Rohan BUTLER. London 1949-1951.
- DIMK = DIPLOMÁCIAI IRATOK MAGYARORSZÁG KÜLPOLITIKÁJÁHOZ 1936-1945 [Diplomatische Schriften zur Außenpolitik Ungarns]. Bd. II: *A müncheni egyezmény létrejötte és Magyarország külpolitikája 1938-1939 [Die Entstehung des Münchener Abkommens und die Außenpolitik Ungarns 1938-1939].* Zusammengestellt von Magda ÁDÁM. Budapest 1970.
- DUROSELLE Jean-Baptiste: *Histoire diplomatique de 1919 à nos jours.* Paris 1957.
- ERDMANNSDORFF Otto von: *Die politischen Ereignisse in Ungarn während der Zeit vom Mai 1937 bis Juli 1941.* Manuskript, dem Verfasser zur Verfügung gestellt von Dr. Peter Gosztony, Bern.
- FLACHBART Ernst: *Der Gebietszuwachs Ungarns im Winter 1938/39 auf Grund des Schiedsspruchs von Belvedere.* In: *Ungarische Jahrbücher 19 (1939) I, S. 1-14.*
- GAMELIN Georges: *Servir. Bd. I.-III.* Paris 1947.
- HENDERSON Neville Sir: *Fehlschlag einer Mission: Berlin 1937-1939.* Zürich 1944.
- HILL Leonidas: *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950.* Frankfurt a. Main 1974.
- HILLGRUBER Andreas: *Deutschland und Rumänien 1939-1944.* Diss. Göttingen 1953.
- DERS.: *Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938-1944.* Wiesbaden 1954.
- HOENSCH Jörg K.: *Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938-1939.* Köln – Graz 1965.
- DERS.: *Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei.* Tübingen 1967.
- HORTHY Nikolaus von: *Ein Leben für Ungarn.* Bonn 1953.
- HORY András: *Bukarestől Varsóig [Von Bukarest bis Warschau].* Budapest 1987.
- JUHÁSZ Gyula: *Magyarország külpolitikája 1919-1945 [Ungarns Außenpolitik].* Budapest 1969.
- KERTÉSZ Stephen B.: *Diplomacy in a Whirlpool. Hungary between Nazi-Germany and Soviet-Russia.* Notre Dame (Indiana) 1953.

- KIRSCHBAUM Joseph M.: Slovakia. Nation at the Crossroads of Central Europe. New York 1960.
- KORDT Erich: Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung. Stuttgart 1947.
- DERS.: Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen, Eindrücke 1928-1945. Stuttgart 1950.
- LETTRICH Jozef: History of Modern Slovakia. London 1956.
- LUKACS John A.: The Great Powers and Eastern Europe. New York 1953.
- DERS.: The Last European War. September 1939 – December 1941. London 1976.
- MACARTNEY C.A.: October Fifteenth. A History of Modern Hungary. Bd. I-II. Edinburgh 1956-1957.
- DERS.: Hungary and Her Successors. The Treaty of Trianon and its Consequences. London 1937.
- NAMIER Lewis B.: Diplomatic Prelude 1938-1939. London 1948.
- NOËL Léon: Der deutsche Angriff auf Polen. Berlin 1948.
- OPTIZ Alfred: Zeitenwende im Donauraum. Von der Doppelmonarchie zu den Nachfolgestaaten. Graz – Wien – Köln 1983.
- RÁNKI György – PAMLÉNYI Ervin – TILKOVSKY Lóránt – JUHÁSZ Gyula: A Wilhelmstraße és Magyarország. Német diplomáciai iratok Magyarországról [Die Wilhelmstraße und Ungarn. Deutsche diplomatische Schriften über Ungarn]. Budapest 1968.
- RIFKA Hubert: Munich: Before and After. A Fully Documented Account of the Crises of September 1938 and March 1939 with a Detailed Analysis of Repercussions of the Munich Agreement on the Situation of Europe as a Whole and Central Europa in Particular, together with an Essay on the Reconstruction of a Free Europe. London 1939.
- RÖNNEFARTH, Helmuth K. G.: Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung – Verlauf – Auswirkungen. Bd. I-II. Wiesbaden 1961.
- ROOS Hans: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939. Tübingen 1967.
- SETON-WATSON Hugh: Eastern Europe between the Wars 1918-1941. Cambridge 1945.
- STEIER Lajos: Ungarns Vergewaltigung. Oberungarn unter tschechischer Herrschaft. Wien 1929.
- SZEMBEK Jean Comte: Journal 1933-1939. Paris 1952.
- THIELENHAUS Marion: Zwischen Anpassung und Widerstand. Deutsche Diplomaten 1938-1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt. Paderborn 1985.
- TILKOVSKY Lóránt: Revízió és nemzetiségpolitika Magyarországon (1938-1941) [Revision und Nationalitätenpolitik in Ungarn]. Budapest 1967.
- WHEELER-BENNET John W.: Munich. Prologue to Tragedy. London 1940.
- WISKEMANN Elisabeth: Prologue to War. London 1940.
- WINCH Michael: Republic for a Day. London 1939.
- ZLEPKO Dmytro: Die Entstehung der polnisch-ungarischen Grenze (Oktober 1938 bis März 1939). Vergangenheitbewältigung oder Großmachtpolitik in Ost- und Mitteleuropa. München 1980.